

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Zeichnung: Matthias Berghahn

Koexistenz

Regeln zum Anbau von Genmais fehlen nach wie vor. Spanien zeigt, wie es nicht geht. Die gentechnikfreie Wirtschaft muss gesichert werden. **Seite 2 und 12-13**

Milch

Die Milcherzeugung ist gedrosselt, die Nachfrage stabil, Lagerräume leeren sich und die Discounter verlieren ihre Unschuld. Zeit für höhere Preise. **Seite 6-7**

Vogelgrippe

Eingespernte Hühner rebellieren, Geflügelhalter auch und lassen ihre Hennen frei. Der Minister will die Stallpflicht auf unbegrenzte Zeit verlängern. **Seite 3**

Die Seite 3

Streit um Stallpflicht verschärft sich nach Verlängerung 3
Gentechnik-Gespräche bei Seehofer 3

Agrarpolitik

Berufsgenossenschaften unter Druck 4
Lücken im DSL-Netz 4
Bauern in einem Boot 5
 Podiumsdiskussion zur EU-Agrarpolitik
Agrarsubventionen auf dem Prüfstand 5
Verbände zur Agrarpolitik 5

Milch

Ein höherer Milchpreis ist möglich 6
Milch – Rückgrat Galiziens 7
 7.000 Milchbauern protestierten für den Erhalt der Milchwirtschaft

Bewegung

Bio mit sozialen Standards 8
Leukämie-Ursache vertuscht? 8
Zuckerfabriken wandern 8

Märkte

Großgrundbesitzer in Deutschland 10
 Nur Wenige kommen aus der Landwirtschaft
Deutsche Frühstücksei und Co. 14
 Schockemöhle und Meerpohl werden als Haupteigentümer von Europas größtem Eierkonzern genannt

Schwerpunkt Koexistenz

Koexistenz – offene Fragen und keine Antworten 12
Genmais in Spanien 13
 Ohne Regeln hat Koexistenz keine Chance

Nachbau

Auch Verpächter ohne Pflicht zur Pauschalauskunft 15
Auskunft über Vergangenheit? 15

Gentechnik

Gen-Mais-Anbau 2006 16
Soja ohne Gentechnik: Und es geht doch! 17
 Das Raiffeisenkraftfutterwerk in Würzburg stellt um

Regionalentwicklung

Region in Bewegung 18
 Neue Wege der Regionalentwicklung. Kommunikation verbessern

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld mit Andi Backfisch und Matthias Stürhewaldt, Seite 9 · Leserbrief, Seite 18 · Ein Bauer erzählt, Seite 19
 Lesen, Seite 20-21 · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Die Gentechnik-Lobby hat sich mal wieder in den Finger geschnitten. Es ist noch gar nicht lange her, da hatten Wissenschaftler verkündet, Auskreuzungen von GVOs seien nicht zu erwarten. Das hat die Natur schnell widerlegt. Ergebnis war ein politisch bestimmtes vierjähriges Anbaumoratorium in der EU. Dann schuf die Gentechnik-Lobby als trojanisches Pferd den Begriff Koexistenz. Damit wollte sie von der Kontaminations-Problematik ablenken, ihren Anbau sichern, um dann nach zehn Jahren scheinbar verwundert festzustellen, dass alles mit GVO durchgesetzt ist. Doch ausgelöst hat sie eine der größten Widerstandsbewegungen in Europa. Bauern und Bäuerinnen arbeiten im Bündnis mit Verbraucherinnen und Verbrauchern am Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft, die Zahl der gentechnikfreien Regionen wächst und wächst. Verarbeitungs- und Handelsunternehmen gehen EU-weit zu GVO-Produkten auf Distanz.

Diese Bewegung stützt sich dabei auf geltendes EU-Recht, ob das von der EU-Kommission gewollt war oder nicht:

**Kommentar****Von wegen Koexistenz**

1) Wer GVO anbaut, muss sicherstellen, dass die Nachbarn keinen Schaden erleiden, d. h. deren Erzeugnisse dürfen nicht kontaminiert werden.

2) Der Grenzwert von 0,9 Prozent Verunreinigung ist ein Kennzeichnungswert, kein Kontaminationswert. Dieser Grenzwert gilt ausdrücklich nur, wenn die Verunreinigung „zufällig“ und „technisch unvermeidbar“ war. Kann dies nicht nachgewiesen werden, muss auch unterhalb von 0,9 Prozent gekennzeichnet werden.

3) Wenn Auskreuzungen in einer – z. B. kleinstrukturierten – Region auf Nachbarfelder nicht ausgeschlossen werden können, muss die „technische Vermeidung“ darin bestehen, auf den Anbau zu verzichten. Es gibt kein Recht auf Kontamination, sondern die Pflicht, Kontaminationen zu verhindern.

Das ist Verpflichtung für alle Wirtschaftsakteure, die Gentechnik anwenden wollen. Es ist aber auch ein Hinweis an den nationalen Gesetzgeber, dass er einen Beitrag zum Rechtsfrieden leisten kann, indem er auch die politisch-administrative Ausweisung von gentechnikfreien Regionen als Koexistenzmaßnahme in Anspruch nimmt. Das Europäische Parlament hat schon 2003 geschlussfolgert, dass „ein freiwilliger oder regional begrenzter Verzicht auf den Anbau von GVO in bestimmten Gebieten und unter bestimmten Anbaubedingungen die effektivste und kostengünstigste Maßnahme zur Gewährleistung der Koexistenz sein kann“. Die Grundlage dafür ist, dass der vom Parlament gegen Kommission und Rat durchgesetzte Artikel 26 a der EU-Freisetzungsrichtlinie den Mitgliedstaaten das Recht gibt, „geeignete Maßnahmen [zu] ergreifen, um das unbeabsichtigte Vorhandensein von GVO in anderen Produkten zu verhindern.“ Darauf können sich die Regierungen beziehen. Vor allem, da sich die EU-Kommission bisher weigert, den Begriff Koexistenz, den sie bereitwillig als Problemlösung übernommen hat, mit rechtlich verbindlichen Inhalten zu füllen.

Bundesminister Horst Seehofer hat die politische Sprengkraft der breiten Bewegung für die gentechnikfreie Landwirtschaft erkannt. Er bezieht die Interessen der Bauern und Bäuerinnen wie der Verbraucherinnen und Verbraucher an gentechnikfreier Erzeugung in seine Überlegungen mit ein. Übernimmt er – wie schon das EU-Parlament – die Forderung nach GVO-Kennzeichnung von Saatgut an der technischen Nachweisgrenze, ist dies ein großer Erfolg der Bewegung.

Wir wollen die Wahlfreiheit. Für die GVO-freie Existenz unserer Höfe. Bleibt uns vom Acker!

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender

Meldung des Monats

„Was bleibt uns, als Anti-Atom-Bewegung?“, fragen die Bürgerinitiative Umweltschutz Dannenberg und die Bürgerinitiative Ahaus anlässlich des 20. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe. Ihre Antwort: „Wir werden weiterhin die Skandale aufdecken und veröffentlichen, wir werden gegen unmenschliche Politik demonstrieren. Wir arbeiten für bessere Lebensbedingungen unserer Kinder und Enkelkinder, aber keinesfalls für die Profitgier der großen Stromkonzerne und ihrer Handlanger! Wir wenden uns gegen maffiöse Strukturen in der Energiewirtschaft mit ex Wirtschaftsminister W. Müller (jetzt RAG), ex Wirtschaftsminister W. Clement (jetzt RWE), ex Bundeskanzler G. Schröder (jetzt GAZPROM) und ex BfS-Mitarbeiter B. Thomaske (jetzt VATTENFALL), die aus Politik und Verwaltung ihr Altenteil in der Energiewirtschaft gefunden haben!“ pm

Impressum

**unabhängige
bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/Abowerwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Streit um Stallpflicht verschärft sich nach Verlängerung

Seehofer verlängert Stallpflicht auf unbestimmte Zeit. Widerstand wächst

Am 14. Mai 2006 werden wir die Aufstallung unserer Hennen beenden und den Tieren wieder ihren gewohnten Gang ins Freiland ermöglichen. Die Öffnung der Ställe soll im Rahmen einer möglichst großen Demonstration bei zahlreicher Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit erfolgen.“ Diese Ankündigung zeigt: Die Geduld der Freilandgeflügelhalter ist am Ende. Viele hatten gehofft, dass das Freilaufverbot wie geplant Ende April ausläuft. Die Geflügelhalter rebellieren nicht allein. Auch die Tiere, die sonst täglichen Auslauf gewohnt sind, halten den Stress mit den Artgenossinnen auf engem Stallraum nicht mehr aus. Die Tage werden länger und in den Ställen steigt die Temperatur. Das Misten wird zur Tortour für Tier und Mensch. Nur Parasiten wie die Hühnermilben fühlen sich wohl. Manches Ei, das im Stall gelegt wird, wird sofort angepickt. Nicht nur die Freiland-Geflügelhalter sind betroffen. Die Brütereien und Junghennenzüchter, die oft nur dieses Einkommen haben, stehen vor dem Scherbenhaufen. „Das

Veterinäramt hat uns einen Antrag auf Tötung zugesendet, wir werden jetzt 10.000 legereife Hennen abliefern, zum Töten. Die Tierseuchenkasse zahlt nichts, weil die Tiere weder gefährdet noch erkrankt waren“, berichtet ein Mittelständler.

Doch das Bundesministerium hat sich, gestützt auf die Aussagen der bekannten Wissenschaftler, anders entschieden. Die Stallpflicht soll verlängert werden, und zwar diesmal ohne automatischen Endtermin. Der Vorschlag Seehofers, der nun mit den Bundesländern abgestimmt wird, soll nach Angaben des Ministeriums gleichzeitig Ausnahme genehmigungen für Freilandhaltung erleichtern. Die Bedingungen klingen allerdings schon nach Bürokratie: Betriebsbezogene Ausnahmen sollen möglich sein, wenn:

- a) „Geflügel aus dem betroffenen Betrieb nicht in andere Geflügel haltende Betriebe verbracht wird,
- b) der Geflügel haltende Betrieb sich nicht in einem Restriktionsgebiet oder an einem Risikostandort (Feuchtbiotope, Seen oder

Flüsse, an denen sich Wildvögel sammeln) befindet,

- c) der Geflügel haltende Betrieb nicht in einer geflügeldichten Region gelegen ist und
- d) der Betrieb klinisch, serologisch und virologisch regelmäßig untersucht wird.“

NRW-Vorschlag

Das Ministerium in NRW hat einen alternativen „4-Punkte-Plan“ vorgelegt. Danach soll es jeweils nur befristete Stallpflichten in den Wochen des Vogelzugs (im Februar/März und Oktober/November) geben. NRW legt den Schwerpunkt auf verstärkte Wildvogel-Untersuchungen (Monitoring), Vorsorgeuntersuchungen bei Nutzgeflügel (im Rahmen ohnehin permanent laufender Untersuchungen – etwa auf Salmonellen – soll auch auf H5N1 untersucht werden). In Berlin gibt man dem Plan erwartungsgemäß wenig Aussicht auf Erfolg. Die Schweiz hat ihre Stallpflicht zum 1. Mai aufgehoben.

uj

Trockenkot und Vogelgrippe

Die Verbringung von Hühner trockenkot über Hunderte von Kilometern ist in Zeiten der Vogelgrippe besonders ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Unklar bleibt auch, weshalb deutsche Agrarfabriken ihren Abfall so entsorgen dürfen, während für holländischen Kot zunächst ein Importverbot bestand (das jedoch durch systematischen Kotschmuggel unterlaufen wird). en

Gentechnik-Gespräche bei Seehofer

Verbände trugen ihre Positionen vor. Auch Wirtschaft sagt: Gentechnik ohne Nutzen

Etwas Erstaunen war schon im Raum, als Bundesminister Horst Seehofer am Schluss des Gesprächs zusammenfasste, dass offensichtlich auch aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft niemand sagen könne, worin der Nutzen der Anwendung der so genannten „grünen“ Gentechnik in Deutschland heute bestehen würde. Es gab keinen Widerspruch.

Seehofer hatte am 20. April für vier Gesprächsrunden Verbände und Organisationen aus Agrar- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Kirche, Biotechnik-Industrie und Saatgut sowie Wissenschaft und Forschung an jeweils einen Tisch geholt, um die unterschiedlichen Positionen und Einschätzungen zu den offenen Fragen der so genannten „grünen“ Gentechnik zu hören. Die Vertreterin des Unilever-Konzerns sagte, Unilever sei zwar positiv gegenüber der Gentechnik eingestellt, aber weil die Verbraucher Gentechnik in Lebensmitteln mehrheitlich ablehnten, würden sie keine gentechnisch veränderten Pflanzen verarbeiten. Mit anderen Worten: Das wirtschaftliche Risiko ist Unilever zu groß.

Der Bundesvorsitzende der AbL, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, griff das in seinem Beitrag auf: „Wenn der Weltkonzern Unilever mit seinen Möglichkeiten das Risiko schon für zu groß hält, gilt das für unsere landwirtschaftlichen Betriebe, die von der besonderen Qualität der Erzeugung leben, erst Recht. Wenn sich Gentech-

nik in unsere Felder einkreuzen würde, wäre unsere Existenz dahin.“

Seehofer fragte auch nach den Abständen, die als Koexistenzmaßnahme einzuhalten seien. Kein Vertreter einer landwirtschaftlichen Organisation konnte (oder wollte) ihm eine Meterzahl nennen, die ein Einkreuzen verhindern würde. Der Minister ging selbst auf wissenschaftliche Aussagen ein. In einem Bericht aus einem Erprobungsanbau stehe in der Zusammenfassung die Zahl 20 Meter. Erst, wenn man weiter nachbohre, komme dann heraus, dass ein Unterschreiten des Kennzeichnungswertes von 0,9 Prozent in der Ernte des gentechnikfreien Nachbarfeldes nur dann zu erreichen sei, wenn das Feld mindestens 90 Meter tief ist, bei Vermischung der gesamten Ernte des Feldes. Seehofer machte deutlich, dass ihn solche Berichte vorsichtig werden ließen.

Wie Staatssekretär Lindemann gegenüber der *Bauernstimme* äußerte, sehe das Ministerium einen Zusammenhang zwischen den Regelungen zur guten fachlichen Praxis, einschließlich der Abstandsregeln, und der Finanzierung der Haftung. Wenn die Abstände hohe Sicherheitsaufschläge enthielten, sei die Wahrscheinlichkeit geringer, dass ein Haftungsfonds in Anspruch genommen werden müsse. In den Haftungsfonds sollten auch die Landwirte einzahlen, die GMO anbauen. Seehofer stellte wiederholt klar, dass in einen Haftungsfonds keine Steuergelder fließen werden.

Die Gentechnik- und Saatgutwirtschaft weigert sich bisher, in diesen Fonds einzuzahlen.

uj



Ministergespräch

Der AbL-Bundesvorstand hatte Ende April ein Gespräch mit Bundesminister Horst Seehofer in Berlin. Themen des Gesprächs, das in guter Atmosphäre stattfand, waren u. a. finanzielle Situation der zweiten Säule, Milch, Gentechnik, Nachbau und Reform der Sozialversicherungen.

Foto: Jasper

Talfahrt im Welthandel

Der Anteil von Agrargütern am Welthandel ist 2005 auf neun Prozent gesunken und liegt somit weit unter dem Vorjahresergebnis von 15 Prozent. Das besagt die Statistik der Welthandelsorganisation. Diese Talfahrt ist vor allem auf den sinkenden Weltmarktpreis für Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Roherzeugnisse zurückzuführen. Im Schnitt wurden auf dem Weltmarkt zwei bis drei Prozent weniger für landwirtschaftliche Produkte erzielt. Bei diesem Tiefstand bleibt es fraglich, ob die Armut vor allem in den ärmsten Ländern der Welt durch Agrexporterlöse zu bekämpfen ist. Insgesamt legte der Welthandel im Vorjahr um sechs Prozent zu und blieb damit unter der in 2004 erzielten Wachstumsrate von neun Prozent. *bet*

WTO: Mitglieder auf der Bremse

Der stringente Verhandlungszeitplan in der Welthandelsorganisation (WTO), den die Minister vor vier Monaten auf dem Gipfeltreffen in Hongkong festgelegt haben, versprach einen raschen Abschluss der Welthandelsrunde. Die Realität hingegen lässt anderes vermuten. Das Schlüsselthema, der verbesserte Marktzugang durch Zollsenkungen, sollte bereits Ende April unter Dach und Fach sein. Allerdings konnten sich die Mitgliedstaaten bisher nicht einmal annähernd auf die dafür nötige Höhe der Zollsenkungen sowohl für Agrarprodukte als auch für Industriegüter festlegen. Einen kleinen Schritt nach vorn ging es bei den Verhandlungen um die Interne Stützung. Die Obergrenze für die mäßig handelsverzerrenden Beihilfen in der so genannten blauen Box soll von 5 Prozent des landwirtschaftlichen Produktionswertes auf 2,5 Prozent reduziert werden, davon würden die meisten Industrieländer aber nichts spüren. Die Agrarhandelsgespräche konzentrierten sich vielmehr auf die Umsetzung der in Hongkong prinzipiell vereinbarten Abschaffung aller Exportsubventionen bis 2013. Mehrere Länder, darunter die USA, Neuseeland und Brasilien, sprechen sich dafür aus, 70 Prozent der Exportsubventionen bereits bis 2010 abzuschaffen. Das stößt bei der EU erwartungsgemäß auf wenig Gegenliebe. *bet*

Frankreich kürzt die CAD

Die französische Regierung schränkt die Förderung der Verträge für nachhaltige Landwirtschaft (CAD) in 2006 stark ein. Diese Gelder, kofinanziert durch die 2. Säule der GAP, können über einen Zeitraum von fünf Jahren bezogen werden, wenn der Landwirt sich bereit erklärt, seinen Betrieb in Punkto Umweltschutz und artgerechte Tierhaltung weiterzuentwickeln. Auch ein Mindestbetriebsumsatz ist Bedingung für die Förderung. Aufgrund der Einsparungen werden dieses Jahr nur noch 6.000 von 10.000 angemeldeten Verträgen zwischen Regierung und Landwirt geschlossen werden können. Die Confédération Paysanne geht noch von weit geringeren Vertragszahlen aus. *sk*

Grüner Pakt zugeschnürt

In Österreich wurde Anfang April das Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes für 2007-2013 beschlossen. Einige wesentliche Punkte der österreichischen zweiten Säule der GAP wurden verändert. Der Hauptförderbereich, Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung, wird von 87 % auf 80 % gekürzt. Außerdem ist der Bezug von Fördergeldern aus diesem Bereich zukünftig einer größeren Gruppe von Landwirten zugänglich, da die Obergrenze des Tierbesatzes auf 3 GVE angehoben wird. Die Prämien für Grünland werden gestaffelt sein: Betriebe mit einer höheren GVE erhalten mehr Förderung. Im Bereich Eins, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, gibt es keine Investitionsobergrenzen, stattdessen aber ein Mindestinvestitionsvolumen von 7.500 € bzw. 3.700 €. Völlig gestrichen wurde die Grundförderung, von der vor allem Grünlandbetriebe profitierten. Die Bergbauernförderung bleibt erhalten. *sk*

Ländlichen Raum stärken

Pether Hauk, Landwirtschaftsminister in Baden-Württemberg, sieht im ländlichen Raum viele Vorzüge im Vergleich zu Ballungsgebieten und möchte diese bewusst fördern bzw. weiter ausbauen. Gerade ländliche Regionen zeichneten sich durch eine sehr hohe Umweltqualität sowie starke soziale Bindungskräfte aus. Die Strukturfördermittel der 2. Säule, die in BW seit 1995 vor allem in die Bereiche Arbeiten, Grundversorgung, Gemeinschaftseinrichtungen und Wohnen fließen, haben mehr als 20.000 Arbeitsplätze direkt und eine noch höhere Anzahl indirekt gesichert und geschaffen. *sk*

Kurzes am Rande

Berufsgenossenschaften unter Druck

Schwere Vorwürfe des Bundesrechnungshofs an hohen Verwaltungsausgaben

Ein bisher unter Verschluss gehaltener Bericht des Bundesrechnungshofs geht mit den Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften hart ins Gericht. Er spricht von „gravierenden Mängeln und Fehlentwicklungen“. Die Ergebnisse der 2001 begonnenen Organisationsreform der Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) seien „völlig unzureichend“. „Die Verwaltungskosten konnten nicht gesenkt, die Solidarität innerhalb der LSV nicht ver-

tungsausgaben zu senken, und zwar um 157 Mio. Euro in den Jahren 2001 bis 2004, zitiert die *Augsburger Allgemeine*. Doch erst mal seien die Ausgaben gestiegen, von 321 Mio. Euro im Jahr 2001 auf 344 Mio. Euro im Jahr 2003, um erst dann leicht mit 317 Mio. Euro unter den Ausgangswert zu kommen.

Die *Augsburger* zitiert konkrete Kritikpunkte: Im Vorfeld der Fusionen hätten einige Träger noch generös Mitarbeiter gefördert oder gar neu eingestellt. Der LSV-Träger Mittel- und Ostdeutschland etwa habe für Mitarbeiter der Geschäftsführung die Gehälter „unter Ausnutzung der Höchstgrenzen“ angehoben.

Der Rechnungshof kritisiert auch, dass in einigen Fällen sogar an Amtsträger der Selbstverwaltung auch dann noch Aufwandsentschädigungen gezahlt worden seien, als diese schon gar nicht mehr im Amt waren. Bei der Sozialversicherung für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland seien die Amtszeiten der Vorsitzenden verkürzt, aber die Tantiemen für die alte, längere Amtszeit gewährt worden – laut *Augsburger* „alles in allem mehr als 150.000 Euro“ allein in diesem Fall. Der Posten „Um- und Neubauten“ schlage mit 119 Mio. Euro zu Buche, darunter viele „unnötige Baumaßnahmen“, so der Rechnungshof.

Der Bericht erhöht den Druck auf die Berufsgenossenschaften, ihre Ausgaben zu senken. Bundesminister Seehofer hält die Verwaltungskosten in Höhe von 12 Prozent der Gesamtausgaben für viel zu hoch – das sei doppelt so hoch wie in anderen Bereichen. Eine neue Reform steht bevor.

uj



Manch ein Funktionär hat finanziell noch die Schuhe der Sozialversicherungen an, obwohl er aus seinem Amt schon ausgeschieden ist, kritisiert der Rechnungshof. Foto: Jasper

bessert und der Bundeseinfluss nicht gestärkt werden“, heißt es laut Medienberichten in dem Bericht.

Mit den Fusionen der Träger auf heute neun war das Ziel verbunden, die Verwal-

Lücken im DSL-Netz

Ländlicher Raum abgehängt. Kritik in Bayern

Der Freistaat Bayern wird seinem Anspruch, ein Hightech-Land zu sein, auf dem Gebiet moderner Datenübertragung nur unzureichend gerecht. So fasst die Süddeutsche Zeitung die Situation bei den schnellen Datenverbindungen in Bayern zusammen. Die SPD-Landtagsabgeordnete Hildegard Kronawitter beklagt vor allem im Bereich der Breitbandkommunikation erhebliche Lücken und Versäumnisse. Weil es im ländlichen Bereich an schnellen und leistungsfähigen Internetzugängen fehle, drohen diese Regionen wirtschaftlich abgehängt zu werden, warnt die SPD-Politikerin. Selbstverständlich sieht sie die Staatsregierung gefordert, und stützt sich dabei auf Klagen mittelständischer Betriebe,

die sich aus Kostengründen gerne im ländlichen Raum niederlassen würden, dort aber für ihr Unternehmen ohne DSL-Anschluss keine Chance sähen. Die *Süddeutsche Zeitung* zitiert auch den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages, den Abensberger Bürgermeister Uwe Brandl (CSU), der von einer „eklatanten Benachteiligung des ländlichen Raums“ spreche. Einen Überblick über die Anbindung der Regionen an schnelle Datenverbindungen gibt es, und zwar im Internet: www.breitbandatlas.de.

uj

Bauern in einem Boot

Podiumsdiskussion über die EU-Agrarpolitik, die eine bäuerliche Wirtschaftsweise weltweit stärken soll

„Wenige Subventionsempfänger bekommen viel und dahinter steckt ein großes Lobbypotential“, sagt Dr. Christoph Kohlmeyer vom Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in der Podiumsdiskussion, die die AbL und Germanwatch in Zusammenarbeit mit dem WWF kürzlich in Berlin veranstaltet haben. Das Thema: Agrarsubventionen für wen?

Kohlmeyer führt aus: „Es geht um Verteilung und das ist politisch.“ Dabei bezieht er sich auf Professor Folkhard Isermeyer. Der Institutsleiter der Bundesforschungsanstalt FAL und Chef des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums hat zuvor die Bedeutung der Politik auf die Agrarsubventionen zu relativieren versucht: „Die Wirkung der Politik auf den Gang der Welt wird überschätzt.“

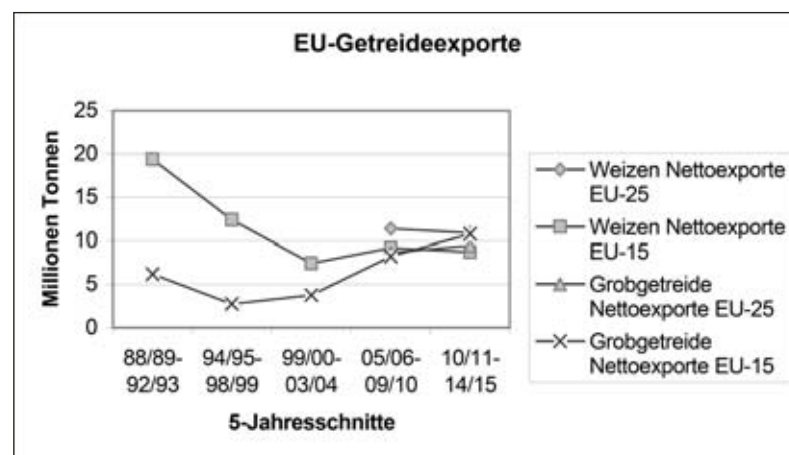
Isermeyer schlägt vor, dass EU-Prämiengelder nicht ausschließlich beim Bauern landen müssen und auch nicht die EU die Zahlungskriterien vorschreiben sollte. „Die Entscheidungsträger in den ländlichen Räumen wissen selbst am besten, wofür das

Geld eingesetzt werden soll.“ Das versteht Michael Windfuhr von Germanwatch wiederum nicht: „Erst sagen Sie, wir setzen zu viel Vertrauen in die Politik. Mit ihrer Forderung vertrauen sie doch noch mehr auf die Politik. Wie soll denn sichergestellt werden, dass das Geld nicht beispielsweise für noch mehr Shoppingcenter ausgegeben wird?“ Es brauche doch einen politischen Rahmen, der von der EU gesetzt werden muss und ländliche Räume in Nord und Süd stärke.

„Und dafür müssen die EU-Prämiengelder qualifiziert werden“, sagt Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender, und plädiert für die Bindung der Gelder an Arbeitskräfte. Diese und weitere Forderungen zur Stärkung der ländlichen Räume weltweit stehen in einem von der AbL und Germanwatch initiierten gemeinsamen Positionspapier, das jüngst von 18 Verbänden unterzeichnet wurde. Förderer dieser Arbeit ist das BMZ, was den Moderator dazu verleitete, Kohlmeyer nach seiner Meinung zu fragen. Kohlmeyer: „Was ich aus den bisherigen Berichten entneh-

men konnte, sitzt unsere Landwirtschaft in Europa mit der übrigen Welt in einem Boot. Wir (BMZ) haben also nicht geträumt.“

Berit Thomsen



Wie die Grafik aus der Studie „EU-Agrarsubventionen auf dem Prüfstand“ zeigt, gehen FAO und OECD davon aus, dass die Getreideexporte der EU nach der jüngsten Reform insgesamt nicht sinken werden. Das legt für den Autor Tobias Reichert den Schluss nahe, dass die Reform die Dumpingwirkung der EU-Agrarpolitik nicht verringert.

Agrarsubventionen auf dem Prüfstand

Neue Studie schlägt Kriterien für den Einsatz von EU-Prämiengeldern vor

Die EU-Agrarsubventionen stärken die bäuerliche und umweltverträgliche Landwirtschaft in Europa und in den Entwicklungsländern. Große rationalisierte Betriebe und die Agrarindustrie streichen nicht die meisten Gelder ein. Das Szenario gibt es.



Tobias Reichert

Zwar noch nicht in der bäuerlichen Realität, aber schon in der jüngst erschienenen Studie „EU-Agrarsubventionen auf dem Prüfstand – Entwicklung von Kriterien für ihren Umbau“. Diese Studie hat der Genfer Gutachter Tobias

Reichert im Auftrag der AbL und ihres Kooperationspartners Germanwatch erstellt und kürzlich in Berlin auf der politischen Veranstaltung (siehe oben) präsentiert.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts habe die Agrarpolitik mit ihren Instrumenten auf eine Steigerung der Produktion abgezielt, so Reichert. Irgendwann begann

die Zeit der Überproduktion, der Monokultur, der Verlust der biologischen Vielfalt. Mit dem Anstieg der subventionierten Exporte wuchs auch das Dumping insbesondere in Entwicklungsländern und damit der internationale Unmut. Neue Ziele mussten her: „Die Ziele wurden in sich widersprüchlich, da der alte Zielkatalog nicht ersetzt, sondern einfach erweitert wurde“, sagt Rei-

chert und schlussfolgert: „Die Analyse zeigt, dass die Gemeinsame Agrarpolitik auch nach der jüngsten Reform nicht ausreichend gesellschaftliche Ziele erfüllt.“ Unter anderem schlägt er vor, Einkommenstransfer durch Direktzahlungen nur dann zuzulassen, wenn sie beschäftigungs- und sozialpolitischen Zielen dienen.

bet

Verbände zur Agrarpolitik

18 Organisationen fordern eine andere EU-Agrarpolitik zu Gunsten ländlicher Räume in Nord und Süd

Ein von der AbL und von Germanwatch initiiertes Dialog zwischen Umwelt- und Naturschützern, Landwirtschaft und Vertretern der Entwicklungspolitik brachte ein gemeinsames Positionspapier zur EU-Agrarpolitik vor. Weder der jüngste Finanzabschluss der EU, der ausgerechnet eine Kürzung in der ländlichen Entwicklungsförderung vorsieht, noch die Verhandlungsstrategie der EU in der laufenden Welthandelsrunde sind im Sinne der 18 unterzeichnenden Organisationen. Deshalb fordern sie unter anderem, dass langfristig die zweite Säule

zum Kern der europäischen Agrarpolitik entwickelt wird. Ziel ist ein einheitliches Finanzierungsinstrument und die Auflösung des bisherigen Subventionssystems mit seiner Säulenlogik. Im internationalen Agrarhandel soll sich die EU, als eine der entscheidenden Akteure, für einen Rahmen einsetzen, der eine bäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd ermöglicht. Das bedeutet für Entwicklungsländer, dass sie ihre Märkte schützen dürfen, für die EU soll das Konzept des qualifizierten Marktzugangs gelten.

bet

Hinweise

Die Studie „EU-Agrarsubventionen auf dem Prüfstand – Entwicklung von Kriterien für ihren Umbau“ sowie das Positionspapier der 18 Verbände mit dem Titel „Neuorientierung der EU-Agrarpolitik“ können bestellt werden bei der AbL, Berit Thomsen: Tel.: 02381/90531-72, thomsen@abl-ev.de

Die Veranstaltung, die Studie und das Positionspapier wurden durchgeführt im Rahmen eines Projektes, das von der AbL in Kooperation mit der entwicklungspolitischen Organisation Germanwatch durchgeführt worden ist. Das Projekt läuft Ende Mai aus. Es wurde gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung des Förderers wider.

Ein höherer Milchpreis ist möglich

Erzeuger machen Druck. Nachfrage ist groß. Discounter in der Kritik. Nun müssen die Molkereien handeln

Besorgt

„Wer pflegt in Zukunft die Landschaft in der Fränkischen Schweiz?“ Die Frage warfen sowohl Vize-Landrat Gregor Schmitt als auch Bürgermeister Erwin Zeiß auf der Mitgliederversammlung der Milcherzeugergemeinschaft Gräfenberger Umland auf. Der langsame, aber stetige Rückgang der Milchproduktion mache ihnen Sorgen. Die Erzeugergemeinschaft zählt nur noch 103 Betriebe, im letzten Jahr haben wieder sieben die Kuhhaltung aufgegeben, berichtet der Fränkische Tag.

Die Bedingungen der diesjährigen Milchpreisverhandlungen sind gut oder immerhin besser als in den letzten Jahren. Die Molkereien sollten nun mit einem entsprechenden Selbstbewusstsein in die Verhandlungen gehen und mit besseren Preisabschlüssen wieder herauskommen. Allenthalben ist zu lesen, dass der Absatz von Milchprodukten gut läuft, die Nachfrage nach Käse steigt stetig und selbst Blockbutter verkauft sich gut.

Menge entschärft

Dass Milch zurzeit ein knappes Gut ist, wird auch an den Preisen sichtbar, die auf dem Spotmarkt gezahlt werden: 30 Cent/kg. Im Januar 2006 wurden 2 Prozent weniger Milch von den europäischen Molkereien erfasst als im Vorjahresmonat. Neben den größten Milcherzeugerländern Deutschland und Frankreich verringerten auch Dänemark, die Niederlande, Irland und das Vereinigte Königreich ihre Milchlieferungen Anfang 2006 deutlich. Die Überlieferung ist im Jahr 2005/2006 wesentlich geringer ausgefallen als in den letzten Jahren. Die Drosselung der Milchproduktion ging in einigen EU-Ländern offenbar auch mit der Reduzierung des Milch-

kuhbestandes einher. Diese rückläufige Tendenz wird sich nach Experteneinschätzung bis Anfang Juni fortsetzen.

Gleichzeitig sind die Butter- und Milchpulverberge stark abgebaut worden. Anfang April waren die EU-Lagerbestände an Magermilchpulver geräumt – erstmals seit Ende 2000. Und die Menge an Butter in den Lagern der EU ist – trotz gestiegener Butterproduktion – weiter abgebaut worden auf nunmehr 113.000 Tonnen.

Es ist weniger Milch am Markt als letztes Jahr, die Vorräte sind geschrumpft und zugleich wächst die Nachfrage bei einzelnen Milchprodukten. Der Markt gibt höhere Milchpreise her.

Druck von Erzeugerseite

Die Molkereien können auf ein weiteres gutes Argument zurückgreifen: Die Milcherzeuger sind immer besser organisiert. Es wird immer schwieriger, ihnen Preissenkungen aufzudrücken. Der Bundesverband deutscher Milchviehalter (BDM) hat inzwischen 16.000 Mitglieder in Deutschland und repräsentiert knapp 30 Prozent der deutschen Milch. In den Nachbarländern Österreich, Niederlande, Schweiz und Dänemark sieht die Situation ganz ähnlich aus, und die Kooperation über die Ländergrenzen hinweg funktioniert gut. Die Molkereien können sich dieser Power als Argument bedienen: Wenn die Preise zu niedrig ausfallen, besteht die Gefahr, dass über kurz oder lang keine Milch mehr kommt. Denn die Bauern bereiten einen Milchlieferstopp vor.

Der anhaltende Rückgang der Milchzeugerpreise veranlasst zunehmend mehr Milcherzeuger, aus der Milchproduktion auszusteigen oder nicht mehr in diesen Wirtschaftszweig zu investieren. Diese Entwicklung sollte Molkereien und Lebensmittelhandel ein Warnsignal sein. Einer der wichtigsten Lebensmittelsektoren mit qualitativ hochwertigen Produkten ist nachhaltig nur mit kostendeckenden Milchpreisen zu erhalten. Wenn die Grundlage der Milchproduktion gesichert werden soll, sind die steigenden Kosten der Milcherzeuger und Molkereien über höhere Abgabepreise an den Handel weiter zu geben.

Dass der Handel mit seinem hohen Konzentrationsgrad enormen Druck auf die Molkereien ausübt, ist bekannt. Vor allem die Discounter Aldi und Lidl sind berühmt berüchtigt für harte Preiskämpfe. Da in Deutschland 53 Prozent der Milchprodukte über Discounter vertrieben werden, kommt diesen in den Milchpreisverhandlungen eine wichtige Rolle zu. Das hat Lidl im letzten Jahr denn auch gehörig ausgenutzt und nach dem offiziellen Abschluss seinen Preis doch noch mal um einen Cent gesenkt.

Möglich war dies allerdings nur, weil eine Molkerei sich auf diesen Kuhhandel einließ.

Beide großen Discounter haben in Gesprächen jedoch immer wieder verlauten lassen, dass sie durchaus bereit wären, höhere Milchpreise zu zahlen. Ihnen geht es nur um den Preisabstand zu Konkurrenten; sie wollen die „Preisführer“ sein, auf welchem Level, also ob mit 55 Cent Verkaufspreis oder mit 69 Cent ist ihnen im Prinzip egal.

Kritik an Billig-Strategie

Inzwischen ignoriert Lidl längst nicht mehr alles. Der Discounter ist in den letzten Monaten immer wieder von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Verdi warf dem Unternehmen vor, Betriebsräte zu verbieten, attac kritisierte, dass Lidl minimale Sozialstandards missachte, sowohl hier als auch in den Herstellerländern von T-Shirts, Elektrogeräten oder Bananen. Greenpeace stellte erhöhte Pestizidwerte auf Obst und Gemüse fest, und die AbL forderte, dass der Discounter seine Marktmacht einsetzen solle, um die Milchpreise für die Bauern auf ein Kosten deckendes Niveau zu bringen.

Als Reaktion startete Lidl eine Imagekampagne. Seit kurzem gibt es nun fair gehandelte Produkte bei Lidl: Kaffee, Bananen, Schokolade, Orangensaft. Angesichts der 1.200 anderen Produkte, die zu Dumpingpreisen eingekauft und verkauft werden, kann dies nur Kosmetik sein. Was ist denn nun mit der Fairness im eigenen Land? Fünf Cent mehr pro kg Milch wären ein großer Schritt in Richtung faire Bezahlung für die Milch.

Molkerei-Verantwortung

In Österreich ist das Bewusstsein der Käufer für den Zusammenhang von Konsum und heimischer Landwirtschaft bereits viel weiter. Diesen Stand auch in Deutschland zu erreichen, das klappt sicher nicht, wenn Molkereien wie die Humana Milchunion planen, Frischkäse in Polen zu produzieren oder Bauerngelder in ein Molkereiwerk in China zu stecken, wie Nordmilch es in Erwägung zieht. Hier vor Ort braucht es eine neue Sicht auf die Preisgestaltung der Milch. Oder wie der BDM es formuliert: „Die Produktionskosten müssen nach oben weitergegeben werden, nicht niedrige Verkaufserlöse nach unten.“

Sonja Korpeter



Vorwärtskalkulation tut not: Die Erzeugungskosten für einen Liter Milch müssen sich im Einkaufswagen wiederfinden. Foto: Korpeter

Milch – Rückgrat Galiziens

7.000 Milchbauern protestierten für den Erhalt der Milchwirtschaft

Die Milch sei das Rückgrat Galiziens, das die Region im Inneren zusammenhalte. Dies sagte Alfredo Suárez, Berater der Organisation für den ländlichen Raum, Medio Rural, angesichts der 7.000 Milchbauern vor Molkereien und Supermärkten in Nordspanien am 6. April. Er forderte die Molkereien zur Vernunft auf: „Ohne Milchbauern, die Euch den Rohstoff Milch liefern, könnt auch Ihr nicht überleben.“ Ausgelöst wurden die breiten Proteste durch die Ankündigung der Molkereien, die Milchpreise um 4 Prozent, also 1,8 Cent pro Liter senken zu wollen. Im März sollte es eine Senkung von 1,2 Cent pro Liter geben, im April dann eine weitere um 0,6 Cent pro Liter. Die Produktionskosten für Milch sind in der letzten Zeit beträchtlich gestiegen. Hinzu kommt, dass viele der insgesamt 16.000 galizischen Betriebe auf-

Würdige Preise

Vor der Molkerei von Suiza Food sagte Lidia Senra, Generalsekretärin des SLG: „Wir sind hier, weil wir in Würde von unserer Arbeit leben wollen. Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass wir einen würdigen Preis für unsere Produkte bekommen. In allen Sektoren wird über die Gehälter verhandelt; wir, die wir von der Milch leben, müssen darüber reden, wenn unser Einkommen gesenkt wird.“

Gemeinsames Ziel der drei Verbände ist die Festsetzung eines kostendeckenden Mindestpreises, unter dem keine Milch verkauft werden darf. Solch ein Basispreis müsse bei etwa 33 Cent liegen. In dieser Forderung werden die Milcherzeuger von der Institution Medio Rural unterstützt. Dieser theoretische Rückhalt wird von den Milcherzeugern geschätzt; doch fordern sie

Kurzes am Rande

Milch wandert in Berggebiete

In Österreich hat sich die Milchproduktion in den vergangenen Jahren zunehmend in die Berggebiete verlagert. Heute wird 65 Prozent der Milch in Bergregionen erzeugt. Dr. Leopold Kirner, der Autor einer aktuellen Studie, führt dies vor allem auf mangelnde Alternativen zurück. In Gunstlagen könnten die Landwirte angesichts niedriger Milchpreise auf den Ackerbau zurückgreifen, was in Bergregionen nicht möglich sei. Bauern aus dem österreichischen Flachland meinen allerdings, dass die Entwicklung sich auch aus der Tatsache erkläre, dass die Landwirte im Gebirge mit Geld aus Fremdenverkehr, hohen Ausgleichszahlungen usw. eher bereit seien, die teuren Quoten zu kaufen. *sk*

Milcherzeuger haben „verstanden“

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Dr. Christian von Boetticher zeigte sich erfreut über den jüngsten Verkaufstermin für Milchquoten. Offenbar würden viele kleinere und nicht wettbewerbsfähige Produzenten sich auf den Ausstieg aus dem Milchmarkt vorbereiten. „Dies ist für uns eine erfreuliche Entwicklung. Schleswig-Holstein als herausragender Standort für die deutsche Milchproduktion wird so mittel- und auch langfristig gestärkt“. Es sei wunderbar, dass die Milcherzeuger die Signale des Bundesratsbeschlusses vom Februar diesen Jahres zur Entwertung der Milchquote verstanden hätten und sich ein Trendwechsel mit einem deutlichen Angebotsüberhang vollziehe. Die Milcherzeuger, die auf Wachstum und Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit setzten, könnten jetzt zu moderaten Preisen Quote erwerben und sich damit auf die zukünftigen Rahmenbedingungen vorbereiten, meinte von Boetticher. *sk*

Odenwälder Milchbauern aktiv

Im hessischen Odenwald leben noch rund 200 Betriebe vornehmlich von der Milcherzeugung. Weil sie sich in ihrer Existenz bedroht sehen, da der Milchpreis ihre Kosten nicht mehr deckt, wehren sie sich gegen den weiteren Preisdruck der Molkereien. „Bekommen wir von den Molkereien nur einen Cent pro Liter Milch weniger, bedeutet das für unseren Betrieb mit 40 Kühen im Jahr schon einen Einkommensverlust von 3.000 Euro“, rechnete Milchbäuerin Brigitte Zimmermann aus Beerfelden der Lokalzeitung vor. Seit dem Jahr 2002 sei der Milchpreis schon um sechs Cent abgesackt. Jahrzehntelang hätten die Betriebe mit dem immer gleichen Reflex reagiert, der von der Politik als Lösung propagiert worden sei: der Erhöhung von Menge und Effizienz. „Weil das aber für Familienunternehmen, wie sie für den Odenwald typisch sind, Grenzen hat, fühlen wir uns von der Politik im Stich gelassen“, sagte Frau Zimmermann. Als Konsequenz engagiert sie sich nun im Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM). *pm*

Franzosen planen Investitionsfonds

Die französische Milcherzeugervereinigung FNPL hat auf ihrer Jahrestagung am 4./5. April beschlossen, einen interprofessionellen Investitionsfonds einzurichten. Er soll insbesondere die wertschöpfungsschwache Butterherstellung fördern und die Branche konsolidieren. Bisher wurde nicht bekannt, wer diesen Fonds mit Finanzen ausstattet. Verbandspräsident Brichart ermahnte die Milchindustrie, sich an das im Januar vereinbarte Milchpreisabkommen zu halten. Andernfalls fänden die Bauern einen Weg, die Molkereien an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Brichart setzte sich für den Erhalt des Quotensystems ein und begrüßte die Aussage eines Ministeriumsvertreters, dass die Regierung sich für die Anerkennung von Butter als sensiblem Produkt einsetzen werde. *pm*

16.000 Einwohner, eine Million Hühner

Die Gemeinde Damme in Nordwestniedersachsen hat 16.000 Einwohner und weist mit rund 250.000 Schweinen, 20.000 Rindern und 1 Mio. Hühnern mit die höchste Viehdichte in Deutschland auf. In einem Interview mit dem *Ernährungsdienst* berichtet Bürgermeister Hans-Georg Knappik davon, wie durch eine Änderung des Flächennutzungsplans der Konflikt zwischen Wohnen, Gewerbe und Viehhaltung entschärft werden soll. Es sei schwierig geworden, geeignete Standorte für die Aussiedlung von Agrarbetrieben zu finden. Ein Sondergebiet für die gewerbliche Tierhaltung hält Knappik für eine zu starke Beschränkung, auch zöge es auswärtige Agrarbetriebe an. *en*



Milchbauern vor den Toren einer Molkerei von Suiza Food: „Würdige Preise für galizische Milch“

Foto: SLG

grund von Quotenkäufen oder Investitionen in den Betrieb stark verschuldet sind. Doch die Molkereien nahmen ihre Preissenkungsankündigungen auch nach mehreren Milchtisch-Gesprächen mit Milcherzeugervertretern im Februar und März nicht zurück. Daraufhin schlossen sich die drei wichtigsten Agrarverbände der Region Galizien zusammen: Sindicato Labrego Galego (SLG), Mitglied der CPE; Galicia Unions Agrarias (UAAA) und die Organisation der jungen Landwirte, Xóvenes Agricultores. Das Wichtige sei nun, mit vereinter Kraft den Molkereien gegenüber zu treten. Die erste gemeinsame Aktion (s.o.) nahm sich drei Molkereien vor, die multinationalen Unternehmensgruppen angehören: Nestlé, Suiza Food und Lactalis. Diese seien in besonderem Maße für das gegenwärtige Milchpreinsniveau verantwortlich.

den Vertreter Alfredo Suárez auch auf, sich aktiver in den Prozess einzuschalten.

Im Anschluss an die Demonstrationen begaben sich die Bauern in große Einkaufszentren, um dort Verbraucher über die Milchpreislage aufzuklären. Am 24. April kamen die drei Agrarverbände Galiziens wieder zusammen, um das weitere Vorgehen gegen die Molkereien zu planen. Auch Traktoren vor Molkereizufahrten sind im Gespräch, zur Not müsse ein Milchstreik her. Dabei, so betonen die Vertreter der drei Organisationen, ginge es nicht darum, die Verbraucher zu belästigen. Doch der Bevölkerung müsse deutlich werden, dass aufgrund der erneuten Erzeugerpreissenkungen 80 Prozent der galizischen Milchbetriebe in akuter wirtschaftlicher Gefahr seien.

Sonja Kerspeter

25 Jahre Ökolehrstuhl

Der Fachbereich Ökologischer Landbau ist heute ein Aushängeschild der Universität Kassel, betont deren Präsident Prof. Dr. Postlep. Die Forschungsprojekte reichen von Grünen Mülltonnen und Pflanzenkläranlagen über einen mobilen Hühnerstall bis zu Fragen des Geschmacks ökologischer Lebensmittel. Dabei fing alles ganz klein an, als vor 25 Jahren Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, heute Leiter des Bundesamtes für Naturschutz, die weltweit erste Professur im Ökologischen Landbau antrat. Aus einer Professur ist mittlerweile ein ganzer Fachbereich geworden. 700 Studenten studieren in Kassel und zeigen, dass das Konzept aus Forschung und Lehre aufgeht. Wir wünschen auch für die Zukunft alles Gute und sind gespannt auf weitere innovative Entwicklungen aus der Denkwerkstatt. *Redaktion Bauernstimme*

125 Jahre Deutscher Tierschutzbund

Unter dem Leitmotto „Tierschutz bewegt“ begeht der Deutsche Tierschutzbund in diesem Jahr sein 125-jähriges Bestehen. Schirmherr des Jubiläumsjahrs ist Bundespräsident Horst Köhler, der damit die wichtige Funktion des Tierschutzes in der Gesellschaft unterstreicht und das Engagement des Deutschen Tierschutzbundes würdigt. Seit 1881 ist es Ziel des Vereins, für den Schutz der Tiere zu kämpfen und sie vor Qualen und Misshandlungen zu schützen. Dem Deutschen Tierschutzbund sind über 700 Vereine mit mehr als 500 vereinseigenen Tierheimen angeschlossen. Als Interessensvertretung von mehr als 800.000 organisierten Tierschützerinnen und Tierschützern ist er Europas größte Tier- und Naturschutzorganisation. Mit der AbL, dem BUND und anderen ist er Gründungsverband des NEULAND-Programms für artgerechte Nutztierhaltung. *pm*

Käfig nicht menschlich zu sehen

„...ein furchtbar enger Käfig, in dem sich die Hennen in Abteilen zu 15 Stück Körper an Körper auf einem Rost über einem Kotband drängeln, unter und über sich die nächsten Hühneretagen, die auf der Messe aus ästhetischen Gründen leer stehen. ... Das ist kein schöner Anblick, da kann der Geflügeldelegierte im melierten Managerjacket noch so engagiert die Vorteile seiner modernen Produktionsstätte erläutern. Er ist hier der Buhmann. Als ihm immer wieder Tierqualerei vorgeworfen wird, sagt er: ‚Wir müssen uns von der menschlich-emotionalen Betrachtungsweise lösen.‘“

Berliner Zeitung über die erste Präsentation des „Ausgestalteten Käfigs“ auf dem „Erlebnisbauernhof“ der Grünen Woche

Bio Suisse ohne Hybridsaatgut

Auf der Delegiertenversammlung Mitte April hat die Schweizer Ökolandbau-Organisation Bio Suisse beschlossen, auf Hybridsaatgut beim Getreide – mit der Ausnahme Mais – zukünftig zu verzichten. Laut LID wurde der Beschluss damit begründet, dass Hybridsorten zwar höhere Erträge brächten, aber dem Ziel entgegenstünden, die Sortenvielfalt zu erhalten. Hybridsorten, die sich für den Nachbau nicht eignen, führten zur Abhängigkeit von Saatgutfirmen. Betroffen sei vor allem Roggen. Hybrid-Roggen mache derzeit rund fünf Prozent der Bio-Anbauflächen in der Schweiz aus, so LID. *pm*

Wettbewerb Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung und die Bundeszentrale für politische Bildung rufen Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 28 Jahren auf, kreative Ideen „für morgen“ einzureichen. Dabei ist alles erlaubt, was machbar ist. Ob Straßenaktion, Designprojekt, Kunst, Aufsatz, Theaterstück oder Zeitung. Eingereicht werden sollen die Ideen als Comic, Flashfilm, Videoclip, Zeichnung oder Text. Eine Gruppe kann sich mit max. 8 Leuten bewerben. Eingereicht werden sollte nicht nur eine Beschreibung des Projekts, auch die „Macher“ sind aufgefordert sich vorzustellen. Die zehn kreativsten Ideen werden von einer Jury ausgewählt. Die Teams erhalten die Chance, ihre Ideen in die Realität umzusetzen: In einem Zukunftscamp und der anschließenden Projektplanung stehen ihnen ab Anfang Juni 2006 drei Monate lang Profis aus Theater, Kunst und Fernsehen zur Seite, um mit ihnen gemeinsam an den Ideen zu arbeiten. Am 7. September 2006 haben die Teams dann Gelegenheit, diese in Berlin der Öffentlichkeit vorzustellen. Jugendliche von 16 bis 28 Jahre können sich bis zum 15. Mai bewerben unter www.macht-es-wahr.de, Tel. 030-28876113, E-Mail: info@macht-es-wahr.de. *we*

Kurzes am Rande

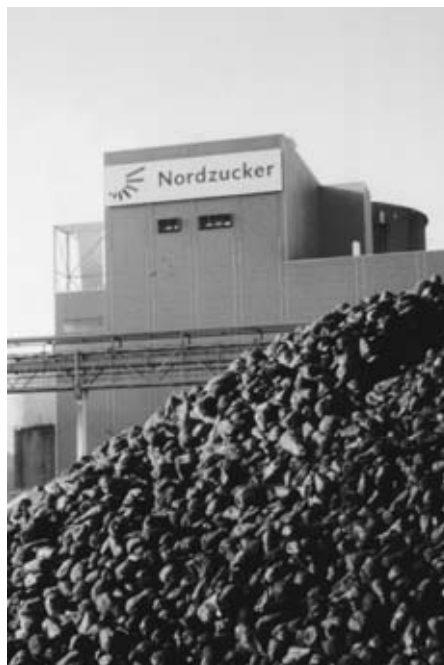
Bio mit sozialen Standards

„Bio Suisse“ erweitert Richtlinien, Fair Preis fehlt noch

Die Schweizer Ökolandbau-Organisation Bio Suisse hat die Einhaltung sozialer Standards in ihre Richtlinien aufgenommen. Ab Januar 2007 müssen die Mitgliedsbetriebe Mindeststandards bezüglich Löhne, Arbeitsbedingungen, Hygiene und Gesundheit, Sicherheit, Gleichstellung und Arbeiterrechte einhalten. Der Lohn für landwirtschaftliche Angestellte etwa muss „mindestens den Grundbedarf decken, den lokalen Gesetzen entsprechen und branchenüblich sein“, heißt es in der Richtlinienenerweiterung. Ferner müssen „Gesundheit und Sicherheit der Menschen auf dem Betrieb intakt bleiben und durch die Mitar-

beit nicht gefährdet werden“. Die Abstimmung auf der Delegiertenversammlung am 19. April fiel jedoch mit 55 Ja-Stimmen zu 34 Nein-Stimmen nicht ohne Widerspruch aus, wie LID berichtet. Kritisiert wird vor allem der bürokratische Aufwand für die Betriebe, wobei das meiste ohnehin schon im Rahmen der Schweizer Agrarpolitik eingehalten werden muss und kontrolliert wird. Bemängelt wurde auch, dass erst in einem nächsten Schritt Bestimmungen zur Preisgestaltung unter dem Stichwort „Fair Trade“, die die Bauern selbst betreffen, aufgenommen werden sollen. Angekündigt ist dieser Schritt aber bereits. *uj*

Zuckerfabriken wandern



So wie die Südzucker AG und der französische Zuckerkonzern Tereos will auch die Nordzucker AG in Brasilien aktiv werden. Im letzten Aktionärsbrief wird die „Zuckerherstellung aus Rohr außerhalb Europas“ angekündigt. Diese Produktions-Option, die den Rübenbauern natürlich nicht offen steht, erklärt möglicherweise auch die relativ laue Haltung der Zuckerindustrie bei den Protesten der Bauern gegen Preissenkungen durch die Rübenmarktordnung. Die Fabriken verdienen auch an den verbilligten Rüben (zunehmend in osteuropäischen Fabriken) und am billigen Rohrzucker.

Ob erhöhte Dividenden das gesunkene Rübengeld ausgleichen werden, darf bezweifelt werden. Vor einem Jahr wurde die Vinkulierung der Aktien aufgehoben, die die Abgabe von Aktien an „externes Kapital“ verhindern sollte. *gf*

Leukämie-Ursache vertuscht?

Mittlerweile 16 Kinder sind in den Dörfern rund um die Kernkraftanlagen in Krümmel (östlich von Hamburg) seit 1992 an Leukämie erkrankt oder gestorben, eine weltweit einmalige Häufung. Eine von der schleswig-holsteinischen Landesregierung eingesetzte Kommission fand keine Ursache und löste sich auf, nachdem etliche kritische Professoren wegen der stetigen Behinderung ihrer Aufklärungsarbeit durch die Behörden ihre Ämter niedergelegt hatten. Eine ZDF-Sendung deckte jetzt auf, dass das Hauptgutachten der Landesregierung auf den Hauptverdachtspunkt gar nicht eingegangen war – nämlich auf einen kerntechnischen Unfall in einem Forschungszentrum neben dem Kernkraftwerk Krümmel im Herbst 1986.

Nicht nur haben drei Zeugen dort eine helle Feuersäule gesehen, wo auch Satellitenbilder eine Brandstelle zeigen. Auch im KKW Krümmel wurde damals (1986) erhöhte Radioaktivität gemessen, die von draußen gekommen sein muss. Die offizielle Erklärung durch radioaktive Erdgase ist wenig glaubhaft, weil die Luftansauggöffnungen des KKW in großer Höhe liegen. Jetzt fanden die von den besorgten Eltern beauftragten Gutachter in den Dörfern künstliche radioaktive Kügelchen, die laut Untersuchung durch Experten von kerntechnischen Experimenten stammen. Sowohl diese Erklärung als auch die beobachtete kerntechnische Explosion werden bisher von den offiziellen Stellen geleugnet. *en*

Betriebsspiegel

BIOLAND-MännerGbR mit zwei Gesellschaftern, zwei Gärtnerinnen und zwei Auszubildenden,
2,5 ha Intensivgemüsebau mit 30 Kulturen und eigener Jungpflanzenanzucht, 2.000 qm Folienhäuser,
5 ha Grünland/Streuobstwiesen mit fünfköpfiger Mutterkuhherde.
Vermarktung:
Ein Wochenmarkt, eigener Lieferservice mit Naturkostladen in Kooperation mit benachbartem Gärtner und mit drei Festangestellten (www.lotta-karotta.de), Naturkostgroßhandel und zwei Einzelhandelsgeschäfte in Göttingen.

Wer Fendt fährt führt – und wer mit Holz heizt auch! Seit wir unser Holzhaus nun doch in die Petersilie bauen konnten und auch endlich eingezogen sind, dreht sich zurzeit zu Hause alles um Holz. Das Haus ist aus Holz gebaut, mit Holzprodukten gedämmt und mit Holz verschalt, und geheizt wird selbstverständlich auch mit Holz. Aber nicht nur bei uns. Auch die Nachbarn beteiligen sich am Wettbewerb „Unser Holzstapel soll größer werden“. Beim Sonntagsspaziergang im Wald schauen die Kleinen eben nach den er-

sten Buschwindröschen, während die Großen potenzielles Brennholz erspähen. Und beim Betrachten mächtiger Buchenstämme mischt sich unter das Staunen über soviel Wunder auch ab und an die Frage: Wie viel Meter würde der wohl geben? Samstags im Wald ist man bei uns nicht allein: Aus allen Ecken hört man die Motorsägen laufen, manche ganz Zurückgekehrte streiten sich auch schon mal um die schönsten Kronen, und wenn es dann zwischendurch mal still ist, trommeln die Spechte. Aus dem Holzmachen

wird bei uns dann ein Happening für die ganze Familie, zumindest solange die Versorgung mit Gummibärchen und Keksen für die Kleinen nicht abreißt. Wenn es nach meiner Frau geht, ist meine neue Stihl mein liebstes Spielzeug geworden – ich sehe die Säge aber natürlich nur als Mittel zum Holzaufbereiten. Klar macht das Spaß im Wald, sägen bis der Hänger überquillt und dann mit den Kindern obenauf nach Hause zuckeln. (Man nehme es mir nicht übel, als Zugfahrzeug haben wir nur einen alten IHC, der einzige Fendt im Betrieb taugt nur zum Hacken.) Trotz schickem Niedrigstenergiehaus mit Solarwarmwasserheizung auf dem Dach braucht es im Winter halt doch noch was Wärmendes im Ofen. Kleine Scheite mit großer Wirkung eben. Also haben wir eine familiäre Arbeitsteilung eingeführt: Vater sägt, die Kinder schauen zu oder auch nicht und Mutter spaltet und stapelt das Ganze dann auf. Dank hydraulischem Spalter geht das dann auch ohne Blasen und Kreuzleiden vonstatten. Rund ums Haus reihen sich Esche, Buche, Eiche und Fichte nun zu mehr oder minder akkurat aufgesetzten Holzstapeln auf – der nächste Winter kann kommen.

Andi Backfisch

Wer heizt noch ohne Holz?

Friwi, unser Mann auf politischer Montage in Brüssel, hatte uns eingeladen. Schon lange hatte ich auf die Gelegenheit gewartet, mal die belgische Metropole und die europäischen Institutionen kennen zu lernen. Wir waren eine Busladung voll mit einer Schulklasse, Bauern, Rentnern und ein paar Normalos. Sogar die Liebste war dabei, und zwei unserer besten Freunde, auch mit Bezug zur Landwirtschaft: Dieter ist Bauernsohn aus Niedersachsen, Janne hatte bei uns mal beim Steinsammeln geholfen.

Schon die Anfahrt machte mir deutlich, wie wahnsinnig schön mein Beruf ist. Irgendwo im Rheinland standen wir drei geschlagene Stunden im Stau, wobei wir einmal sogar ein komplettes Autobahnkreuz im Kreis fuhren: ohne einen Meter Raumgewinn eine halbe Stunde! Ich dankte Gott oder wem auch immer, dass ich morgens immer nur zu meinen Gummistiefeln pendeln muss.

In Brüssel gingen wir erst mal zu einem französisch sprechenden Italiener, um Pizza zu essen und belgisches Bier zu trinken. Anschließend gingen wir zu unserem spanischen Hotel. Europa hatte uns, und es war gut.

Am zweiten Tag gab es erst mal eine grandiose alternative Stadtführung von einem Hamburger Exilanten. Dann ging es zu den europäischen Institutionen. Wirtschafts- und Sozialausschuss, ein wunderbar launiger Vortrag von Friwi, schließlich Teilnahme an einer Sitzung des EU-Parlamentes.

Da bekamen wir eine Sternstunde zu sehen. Wie auf Befehl kriegten sie sich in die Haare, über die Unmöglichkeit, die gefälschten Wahlen in Weißrussland kurzfristig auf die Tagesordnung zu heften. Pöttering schrie Schulz an, Schulz schrie Pöttering an, Cohn-Bendit, äußerlich auch nur ein alter Mann mit einer hässlichen Frisur, meldete sich zu Wort und das alte Feuer brannte. Der Parlamentspräsident leitete die Sitzung mit einer nonchalanten Lässigkeit, dass



Brüssel

es eine Freude war, und leider machte Schulz die schlechteste Figur. Er kläffte wie ein Kettenhund, und statt „europäisch“ und „demokratisch“ sagte er immer: „europäisch“ und „demokratisch“. Es war zum Totlachen. Schade, dass wir nach nur einer halben Stunde von der Tribüne gekickt wurden. Die nächste Gruppe wartete schon auf Einlass. Soweit war es prima in Brüssel. Plötzlich hatte ich richtig Lust, irgendwann einmal Abgeordneter zu werden, auch weil mir die Stadt so gut gefiel. Aber das dicke Ende sollte noch kommen. Wir – die Bauern der Gruppe – hatten noch einen Gesprächstermin bei einem hohen Tier der Kommission, zuständig für die Verteilung der Direktzahlungen. Ein höflicher, gar nicht unsympathischer älterer Herr mit einem lustigen holländischen Akzent. Er begann das Gespräch damit, dass er sich nach der Re-

form eine historische Betriebsprämie gewünscht hätte. Unsere Argumente für eine gerechtere Verteilung der Prämien an alle Bauern wischte er so vom Tisch. Es gehe nicht um Sozialpolitik, es gehe um Effizienz des Geldeinsatzes, solch ein holländischer Industriekäse kam aus seinem Mund. „Wenn wir die kleine Bauer das Geld geben, unterstützen wir dann die effizienten Betriebe? Ist ein kleiner Bauer effizient?“ Fehlte nur noch, dass er uns sagen würde, wir seien verdeckt arbeitslos. Alle Argumente glitten elegant an ihm ab. Einer fragte: „Welchen Interessen dienen Sie?“ Die Antwort: „Ich diene keine Interessen, ich diene die Effizienz.“ Zum Schluss lud ihn einer ein, in eine Grünlandregion zu kommen und einen Vortrag zu halten. Er dankte für die Einladung, aber wir alle wussten, dass er niemals kommen würde.

Noch nie zuvor fühlte ich mich so hilflos wie in dieser Stunde in dem Hochsicherheitsbüro im kalten Herzen der „europäischen“ Machtzentrale. Da tat es gut, anschließend mit Friwi, der Liebsten und anderen lieben Leuten in der „Bar Cuba“ unter Che Guevara-Ikonenbildchen zu sitzen und die ganze Nacht durchzusauen.

Vom Tag danach weiß ich nichts mehr.

Matthias Stührwoldt

Betriebsspiegel

Biolandbetrieb in Schleswig-Holstein
45 ha Ackerland
(Futter- und Marktfrucht)
55 ha meist natürliches Grünland,
60 Kühe mit weiblicher Nachzucht
(schwarzbunt, Boxenlaufstall)
45 Bullen

Großgrundbesitzer in Deutschland

Nur Wenige kommen aus der Landwirtschaft

Südzucker

Die Südzucker AG, Mannheim, betreibt nicht nur Zuckerfabriken und -handel. Sie ist selbst auf 10.200 ha in 12 Betrieben landwirtschaftlich aktiv. Laut *Frankfurter Rundschau* erhält sie für die Flächen, die sie mit 114 Mitarbeitern bewirtschaftet, von der EU jährlich 2,2 Millionen Euro Flächenprämie.



Fischer Boel ist für Transparenz

Die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel hat sich gegenüber der *Frankfurter Rundschau* dafür ausgesprochen, die Höhe der EU-Agrarzah- lungen für jeden Betrieb offenzulegen: „Ich bin für Transparenz. Schließlich ist es das Geld der Steuerzahler. Die Menschen sollten wissen, wofür ihr Geld ausgegeben wird.“ Ferner kündigte sie an, dass sie bei der nächsten Reform 2008 erneut über die Einführung von Obergrenzen je Betrieb nachdenken werde: „Ich habe vor, dass wir uns dann wieder mit der Idee beschäftigen.“

Wer bewirtschaftet in Deutschland die meisten Flächen? Bei diesem Thema halten sich auch jene Agrarzeitungen sehr bedeckt, die sonst die Worte „Wachstum, Größe und unternehmerische Landwirtschaft“ unentwegt vor sich her tragen. Viele Dunkel- und Grauzonen also. Wir haben einmal hineingeleuchtet und festgestellt: Ein Großteil der Flächensubventionen fließt an Leute und Firmen, die eigentlich gar nichts mit Landwirtschaft zu tun haben

Da ist z. B. die **JLW Holding AG**. Sie betreibt laut eigener Internetseite an zwölf Standorten in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg auf der Basis von knapp 21.000 ha Ackerbau, Milchviehhaltung (Quote 21,6 Mio. kg), Bullenmast und Mutterkuhhaltung. Und JLW will diese Kapazitäten durch Beteiligung an neuen Milchvieh- und Ackerbauunternehmen im Umfeld der bisherigen Betriebe noch weiter aufstocken.

JLW gehört dem Viehhandels-Unternehmen Lindhorst aus Winsen an der Aller (bei Celle). Senior Heinrich Lindhorst (Träger des Verdienstkreuzes am Bande des niedersächsischen Verdienstordens) soll Brancheninformanten zufolge in der Wende-Zeit massiv und umstritten im Handel mit billigem Ostvieh aktiv gewesen sein. Etwa sechs Mio. Euro jährlich allein an Flächenprämien haben wir für JLW geschätzt.

Südzucker mit 10.000 ha

Auch die **Südzucker AG** ist mit zwölf Betrieben (Eigentum und Pacht) mit zusammen 10.200 ha einer der großen Landbesitzer. Schon seit vielen Jahren ärgern sich Bauern darüber, dass ihnen die „Südzucker-Landwirtschaft“ auf dem Grundstücks- und Pachtmarkt Konkurrenz macht. Das führte in den 80er Jahren sogar dazu, dass Staatssekretär Gallus sich einschaltete und Bauernverbandspräsident Heereman die Südzucker kritisierte. Ostdeutsche Agrar-genossenschaften erneuerten die Kritik an der Südzucker, als die ihre Güter-Wirtschaft auch in die neuen Bundesländer ausdehnte. Mittlerweile 7.000 ha Ackerbau in Baasdorf/Sachsen-Anhalt betreibt das Unternehmen **Wimex** des ursprünglich aus Regensburg stammenden Gerhard Wagner, dem eines der größten Bruteier-Produktionsunternehmen in Europa mit mehr als 60 eigenen Farmen in ganz Deutschland gehört. Zum Unternehmenskomplex gehören die „Wulfener Agrargesellschaft“, die Gemüseproduktion „Bördegarten“, eigene Futtermühlen und Gentechnik-Versuchsfelder der KWS-Saat-zucht.

Ebenfalls 7.000 ha erwarb der Getreidehändler **Osterhuber** aus Augsburg, als er nach der Wende die größte Bullenmast-Anlage der ehemaligen DDR kaufte – den „**Ferdinandshof**“ mit damals 23.000 Rindern.

Der Sohn von **Rodo Schneider**, dem ehemaligen Manager des Fleischkonzerns Moxsel, erwarb damals die zweitgrößte DDR-Bullenanlage in Hohen-Wangelin mit 10.000 Rindern und 1.500 ha.

Rethmann Entsorgung

Branchenfremd ist auch die **Familie Rethmann**, Eigentümer des Abfallentsorgungs-, Logistik- und Tierkörperverwertungskonzerns Remondis: Die Rethmann'sche Güterverwaltung betreibt vier Güter bei Sternberg und in Grambow/Nordwestmecklenburg mit insgesamt 6.000 ha, 7.000 Schweinemastplätzen, 800 Milchkühen, 650 Mutterkühen, 550 Mastbullen.

Das Unternehmen **Stöver** aus Aldrup produziert die Kartoffeln für seine Pommes auf mindestens 6.500 Eigentums-, Pacht- und Vertragsflächen, davon vermutlich ca. 2.400 ha in eigener Bewirtschaftung. 12.000 Schweinemastplätze in Blumenberg bei Magdeburg kamen nach der Wende noch hinzu. Der Gemüse-Großhändler **Rudolf Behr** kommt am Stammsitz Oldendorf bei Hamburg auf eine Produktionsfläche von über 500 ha, hinzuzurechnen sind 1.300 ha im Betrieb Gresse bei Ludwigslust und weitere Großflächen in Andalusien.

Die **Rheinbraun AG** (RWE-Konzern) re-kultiviert ihre Abbauf Flächen im Umfang von 7.500 ha Acker, von denen aber „lediglich“ 2.000 ha auf 4 eigenen Höfen selbst bewirtschaftet werden.

Der Unternehmer **Klaus-Peter Jebens** betreibt einen Gewerbepark bei Hamburg, je eine 600 ha-Milchfarm in Kanada und eine 340-ha Farm in Irland sowie einen Golfplatz in Schleswig-Holstein, daneben das Gut Behl bei Plön mit 600 Kühen und 540 ha.

Die Öko-Landwirtschaft des Optikers **Günter Fielmann** umfasst mittlerweile über 2.000 ha.

Der Agrarindustrielle **Paul Schockemöhle** hat seinen Besitz im oldenburgischen Mühlen um das Gut Lewitz (bei Neustadt-Glewe) erweitert – mit 1.400 ha und weiteren 1.000 ha Pachtland. Zur massenhaften Pferde-zucht kamen bald noch Ställe für 5.000 Färsen bzw. 20.000 Schweinemastplätze hinzu.

Klärungsbedarf

Über den Flächenerwerb anderer Agrarfabrikanten weiß man nicht so genau Bescheid: Gerüchte wollen wissen, dass Schockemöhles Schwager **Willenborg** bei Köthen 5.000 ha erwarb und dass der bayerische **Freiherr von Stetten** neben seinen Betrieben bei Augsburg und im Westerwald im Osten an die 4.500 ha (bei Halle) bewirtschaftet. Wenig ist auch bekannt über den Erfolg britischer Landbewirtschaftungs-Gesellschaften wie **Lonrho**, **Velcourt**, **Sentry/Farmwealth**, **Booker Farming** oder **Hallsworth**, die das Geld von Pensionsfonds nach der Wende auch in der ostdeutschen Landwirtschaft anlegen wollten (Velcourt hat zumindest 1.500 ha in Sachsen-Anhalt).

Unklar bleibt auch, wer hinter bestimmten Agrar-Holdings steht: der Templiner „**BST GmbH**“ (einer „Unternehmensgruppe, zu welcher landwirtschaftliche Betriebe in den neuen Bundesländern gehören“), der „**ABG**“ aus Thierhaupten, der „**KTG-Agrar**“ in Hamburg oder hinter der riesigen Mutterkuhhaltung der **Agrargesellschaft Zingst** auf 4.000 ha direkt an der Ostsee. Offen bleibt auch, ob die **großen Agrarfabriken der Geflügel- und Käfigwirtschaft** (genannt werden hier Meerpohl, Schockemöhle, von Meerheimb, Wesjohann, Kalvelage, etc.) den Trockenkot von jeweils mehreren Hunderttausenden Hühnern auf eigenen bzw. gepachteten Flächen entsorgen oder auf „Abnahme-flächen“ anderer Landwirte (zu den Schweine-Agrarfabriken siehe Artikel „Smithfield und seine Wegbereiter“ in Bauernstimme 1/05).

Eher schon kann man bei Rinder-Anlagen auf die Futterfläche schließen: Die Familie **Koopman** (CAG Ceres Agrargesellschaft, Mallentin) betreibt 4 Anlagen für 4.500 Kühe mit Nachzucht in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – dazu wären allein über 3.000 ha Futterfläche nötig. Der holländische Agrarunternehmer **Straathoff** eiferte dem mit Bauplänen für 3.300 Kühe in Kaarßen bei Neuhaus/Elbe nach. Der Lohnunternehmer **Stotz** aus Handewitt plante – zusätzlich zu seinen bisherigen Großanlagen – einen weiteren Riesenkuhstall seiner „Milchgesellschaft Stotz Kröpelin“ für 2.200 Kühe, 1.500 Jungrinder und 700 Kälber.

Klassischer Großbesitz

Daneben fällt der klassische adelige Großgrundbesitz zumeist schon fast bescheiden



aus, zumal der vorwiegend aus Wald besteht. Die **größten Waldbesitzer** sind laut Wirtschaftswoche: **Fürst Thurn und Taxis** (30.000 ha), **Fürst zu Fürstenberg** (18.000 ha), **Hofkammer Hohenzollern** (14.000 ha), **Riedesel Freiherren zu Eisenbach** (14.000) und **Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg** (13.000 ha).

Aber immerhin: Die **Hofkammer des Hauses Württemberg** besitzt laut FAZ neben Industriebeteiligungen, vielen rentierlichen Immobilien rund um Stuttgart, 5.000 ha Wald und Golfanlagen noch 16 Domänen, ein 40 ha großes Weingut sowie Wälder und Immobilien in Kanada. **Alois Konstantin Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg** ist hauptberuflich Fonds-Manager, verwaltet aber daneben 7.000 ha Wald, 50 ha Wein, 1.100 ha Agrarbesitz in Kanada und 400 ha Landwirtschaft (die an die Südzucker verpachtet sind). Das Haus **von Thurn und Taxis** hat Landwirtschaftsflächen von ca. 2.000 ha und vermutlich nach wie vor großen Landbesitz in Nord- und Südamerika. Das **Fürstenhaus zu Oettingen** besitzt 11.000 ha Wald sowie zwei eigene und weitere fünf gepachtete Güter in Oberbayern und Hessen mit 1.600 ha. Dem **Fürsten zu Wied** gehören 5.500 ha Wald und 2.000 ha Landwirtschaft sowie – nach dem Verkauf seiner Farm in Tansania – über 25.000 ha Forst in Kanada.

Erhebliche Ländereien dürften ferner besitzen: die **Hessing-Stiftung Augsburg**, die **Salzgitter Güterverwaltung GmbH** (Salzgitter AG, TUI), die **Stiftung Juliuspital Würzburg**, der **Prinz Reuss** (Köstritz) – und viele Adlige und Großlandwirte aus Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern, die im Osten weitere Großflächen erwarben. So z. B. **Christian Graf von Holk (Gut Farve)**, der mit seinem ehemaligen Verwalter weitere 1.100 ha im nord-vorpommerschen Barth bewirtschaftet. Etwa 7.000 ha Ackerland und fast das ganze Dorf forderten die **Gebrüder Wetzels**, Finanzmakler bzw. EU-Diplomat, in Salzmünde bei Halle aus dem ehemaligen Besitz ihrer Vorfahren („Agrar-Krupps“ genannt) zurück. Der Braunschweiger Agrarunternehmer **Dr. Harald Isermeyer** betreibt mit dem Vizepräsidenten des Bauernverbands Sachsen-Anhalt, Dr. Nehring, weitere Agrarbetriebe mit 2.320 ha bei Oschersleben und ist zudem beteiligt an der drittgrößten Ex-DDR-Bullenmast-Anlage in Kleinwanzleben. Gutsbesitzer **Philipp von dem Bussche** aus Ippenburg bei Osnabrück, ehemaliger Präsident der Deutschen

Landwirtschafts-Ge-

sellschaft (DLG) und jetzt Manager im Gentechnik-Konzern KWS, ist hälftig an einem knapp 2.000 ha-Ackerbaubetrieb in Krostitz bei Leipzig beteiligt (Bauernstimme 2/2006).

Oft wechselten die Eigentümer rasch: So pachtete sich der westdeutsche Landwirt Rainer Mente nach der Wende rasch zum „König der Altmark“ mit 2.000 ha empor, musste den Betrieb nach Finanzproblemen aber bald der Getreidehandelsfirma Köcher & Meuser überlassen, die ihn dann dem holländischen Agrarunternehmer Bartolomäus Straathof überliess, der mit seinem Bruder Adrian über eine Holding mit mehreren landwirtschaftlichen Großunternehmen sowie Großanlagen für Schweine und Kühe in Holland und Ostdeutschland verfügt.

Viele Niederländer

Ohnehin erwerben viele Niederländer die gigantischen Ex-DDR-Anlagen (wie Hassleben, Mahlwinkel, Allstedt, Wellaune, Nuthetal oder Vetschau) für die Aufstallung von jeweils 80.000 Schweinen, weil sie in den heimischen Intensiv-Regionen keinen Platz zur Expansion fanden und zum Teil sogar Abfindungen für die Verlagerung ihrer Betriebe nutzen können: so die Agrarunternehmer **van Gennip**, **van Asten**, **Nooren**, **Straathoff**, **van Genugten**, **van Dijk**, **Arts** oder **Bolder**. Unbekannt ist, welche weiteren Händler, Bauunternehmer oder Manager mittlerweile wieviel Grundbesitz in Ostdeutschland ihr eigen nennen – und sei es nur, um die Erbschaftsteuer zu umgehen...

Schwer einzuordnen sind die ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) oder Volkseigenen Güter (VEG) mit jeweils mehreren tausend Hektar, die nach der Wende in **Agrar-genossenschaften**, **GmbHs** oder **AGs** umgewandelt wurden. Die Großen unter ihnen bewirtschaften bis zu 10.000 ha (die Eigentumsflächen sind weitaus geringer). Schwer zu sagen, wo unter dem Deckmantel der Genossenschaft bereits einige wenige Führungskräfte das Sagen (und auch die alleinige Verfügung über das Kapital) haben oder wo man Kapital und Genossenschaftsfläche wirklich noch allen Genossenschaftsmitgliedern zurechnen kann.

Weiter nach Osteuropa

Als eines der größten Agrarunternehmen Europas bezeichnet sich die **Barnstädt eG** aus Sachsen-Anhalt: mit über 6.000 ha Bördeboden und 23.000 Schweinen und außerdem Besitz an der Firma Lan mit 8.000 ha Schwarzerdeböden in Volodarsk in der Südukraine und der zusätzlichen Bewirtschaftung von 100.000 ha für das Stahlwerk Mariupol.

Die **Stadtgüter Berlin** galten lange als größtes Agrarunternehmen Deutschlands: 10 Güter mit 22.000 ha Land, mit 6.000 Milchkühen und 13.000 Rindern. Die Stadtgüter werden derzeit privatisiert durch den Verkauf der Anlagen und die Verpachtung der Flächen. Die ersten drei Milchanlagen (mit den Gütern Großbeeren, Sputendorf, Waßmannsdorf und 3.000 Milchkühen und 1.200 Färsen) bekam für 9 Mio. Euro der Niederländer Gerrit Vrieling, der bereits Milchviehbetriebe in Bandelin (Mecklenburg-Vorpommern) und in Holland besitzt, seine neue „**Stadtgut Berlin Süd Vrieling**“ umfasst 7.200 ha. Die restlichen Anlagen sind derzeit zum Verkauf ausgeschrieben. Nicht nur das Land Berlin hat Agrarflächen. Das **Land Hessen** beispielsweise besitzt laut *Frankfurter Rundschau* 370.000 ha Land, davon aber 93,5% Wald, der Anteil von selbstbewirtschafteter und verpachteter Fläche ist uns nicht bekannt.

Etwa 350.000 ha Eigentum hat auch die **Evangelische Kirche** (bzw. deren Kirchengemeinden), davon werden laut *Wirtschaftswoche* ca. 270.000 ha landwirtschaftlich genutzt. Viele Kreiskirchenämter drängen unserer Beobachtung nach bei Verpachtung darauf, dass die Pächter die Rechte an den Zahlungsansprüchen abtreten! Die **Katholische Kirche** besitzt (unter Einbeziehung der Ordensgemeinschaften) Landwirtschaftsflächen schätzungsweise in gleicher Größenordnung.

Diese Beispiele decken das Spektrum des Großgrundbesitzes in Deutschland bei weitem nicht ab. Deshalb sind wir an weiteren Hinweisen sehr interessiert. *agricola*

Anm.: Die Daten haben wir nach bestem Wissen und Gewissen gesammelt, sie dürften sich aber zuweilen in der Zwischenzeit verändert haben – zumeist nach oben.

Der „alte“ Großgrundbesitz

In seinem Buch „ABC des großen Geldes“ hat Bernt Engelmann schon 1985 die damaligen Großgrundbesitzer-Familien (nebst ihren zahlreichen sonstigen Bank- und Industriebeteiligungen) aufgelistet:

die Familie von Arenberg (30.000 ha), die Markgrafen von Baden (5.000 ha), die Grafen von Baudissin (4.000 ha), das Haus Wittelsbach (18.000 ha), die Fürsten zu Bentheim (8.000 ha), die Fürsten von Bismarck (7.000 ha), die Freiherren von Böselager (4.000 ha), die Grafen von Brockdorf (4.000 ha), die Freiherren von Butlar-Brandenfels (3.300 ha), die Fürsten zu Castell, die Herzöge von Croy (5.000 ha), die Freiherren von Donner (5.000 ha), die Grafen von Droste zu Vischering (12.000 ha), die Edlen von und zu Eltz-Rübenach (5.000 ha), die Familie zu Erbach (20.000 ha), die Grafen von Faber-Castell (5.000 ha), die Freiherren von Feury, die Familie von Finck (4.000 ha), die Fürsten von Fürstenberg (15.000 ha), die von Fuggers, die Grafen von Galen (4.000 ha), die von Grotes (5.000 ha), die von und zu Guttenbergs (10.000 ha), die Grafen von Hahn (4.400 ha), die Prinzen von Hannover, die Freiherren von Heereman-Zuydtwyck, die Landgrafen und Prinzen sowie Großherzöge von Hessen (10.000 ha), die Fürsten zu Hohenlohe (15.000 ha), die Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen (18.000 ha), die Fürsten von Inn- und Knyphausen (5.000 ha), die Freiherren von Jenisch (3.000 ha), die Grafen zu Königsegg (3.000 ha), die Grafen von Landsberg (5.000 ha), die Fürsten zu Leiningen (3.000 ha), die Fürsten von der Leyen (1.000 ha), die Fürsten zu Löwenstein (11.000 ha), die von-Maffei-Erben, die Grafen von Merveldt (6.600 ha), die Fürsten von Metternich, die Grafen von Moy de Sons (2.300 ha), die Grafen von der Mühle-Eckart (3.300 ha), die Fürsten zu Münster (3.000 ha), die Freiherren von Nagel (5.200 ha), die Grafen von Neipperg, die Fürsten zu Oettingen (6.000 ha), die von-Opel-Erben, die Freiherren von Oppenheim, die Grafen zu Ortenburg (3.000 ha), die Freiherren von Poschinger (12.000 ha), die Grafen von Preysing (3.000 ha), die Grafen von Pückler und Limburg (3.000 ha), die Fürsten zu Quadt (1.500 ha), die Grafen zu Rantzau (8.000 ha), die Grafen zu Rechberg (5.000 ha), die Grafen von Reventlow (12.700 ha), die Freiherren Riedesel zu Eisenbach (13.000 ha), die Herzöge von Sachsen-Coburg und Gotha (8.700 ha), die Fürsten zu Salm (10.000 ha), die Fürsten zu Sayn und Wittgenstein (26.000 ha), die Grafen von Schaesberg (6.600 ha), die Fürsten zu Schaumburg-Lippe (5.000 ha), die Freiherren von Schenck zu Schweinsberg (2.600 ha), die Grafen Schenk von Stauffenberg (5.000 ha), die Grafen Schimmelmann (2.000 ha), die Herzöge zu Schleswig-Holstein (3.500 ha), die Grafen von Schlitz (11.000 ha), die Grafen von Schönborn (2.700 ha), die Grafen von der Schulenburg (7.000 ha), die Reichsgrafen von Spee (8.000 ha), die Fürsten und Grafen zu Stolberg (4.000 ha), die Fürsten von Thurn und Taxis (36.000 ha), die Grafen zu Toerring-Jettenbach (4.000 ha), die Freiherren von Tucher, die Freiherren von Twickel (3.600 ha), die Freiherren von Vietinghoff (3.000 ha), die Fürsten von Waldburg (14.000 ha), die Fürsten zu Waldeck und Pyrmont (14.000 ha), die Familie Werhahn, die Grafen von Westphalen zu Fürstenberg (13.000 ha), die Fürsten zu Wied (8.000 ha), die Grafen Wolff-Metternich zur Gracht (6.000 ha), die Fürsten von Wrede (2.400 ha), die Herzöge von Württemberg (18.000 ha), die Fürsten zu Ysenburg und Büdingen (10.000 ha).

Nach der deutschen Einheit dürften viele der obigen Eigentümer ihren Besitz erheblich vergrößert haben - durch die Rückgabe bzw. den Rückerwerb ostdeutscher Immobilien von der Treuhänd oder durch Zukauf bzw. Zupacht ebendort. So erhielt die Stiftung der Herzog von Sachsen Coburg und Gotha'schen Familie 6.200 ha in Thüringen zurück.

agricola

Koexistenz – offene Fragen und keine Antworten

Die aktuelle Situation zeigt, dass die Erfahrungen mit dem Anbau von genetisch veränderten Kulturen in der EU nach wie vor sehr begrenzt sind

Gibt man bei der online-Enzyklopädie Wikipedia den Begriff „Koexistenz“ ein, erscheint die folgende Erklärung: **Koexistenz** beschreibt das *gleichzeitige Vorhandensein*. Verstanden wird darunter oft das friedliche, aber unabhängige Nebeneinander zweier (mehrerer) Dinge.

Spätestens seit auf der EU-Konferenz in Wien Anfang April intensiv über Möglichkeiten des Nebeneinanders von Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik diskutiert wurde, dürfte klar sein, dass Koexistenz für die Zukunft der ökologischen und konventionellen Wirtschaftsweisen von entscheidender Bedeutung ist.

Begonnen hat die Auseinandersetzung um das Pro und Kontra Agro-Gentechnik im Jahr 1997 mit der Zulassung der ersten gentechnisch veränderten Sorten. In den Folgejahren wurden jedoch mit Ausnahme Spaniens in keinem europäischen Land gentechnisch veränderte Pflanzen (GVP) kommerziell angebaut. In verschiedenen Richtlinien und Verordnungen wurde seitdem der Umgang und die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel seitens der EU geregelt. Das föderalistische System Europäische Union muss dabei zum einen die Vorgaben der WTO erfüllen sowie die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer berücksichtigen. Während einige Mitgliedsländer sehr strikte Regelungen zum Umgang mit gentechnischen Pflanzen haben, die einen Anbau großräumig unterbinden, besteht die WTO darauf, dass alle Handels-

hindernisse in Form von strengen Kontrollen, Haftungs- und Kennzeichnungsregeln abzubauen seien. Hintergrund ist das Ziel, einen weltweiten freien Warenstrom zu gewährleisten. Im Zusammenhang mit GVO betrifft dies momentan vor allem als Futtermittel genutzten Mais und Soja aus Amerika.

Allgemeine EU-Regeln

Neben dem Import von Genmais und Gensoja für den Futtermittelsektor bekommt der Anbau von GVP in Europa eine zunehmende Bedeutung. Der Anbau wird derzeit durch die Richtlinie 201/18/EG über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 über gentechnisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel geregelt. Im Artikel 26a der Verordnung 2001/18/EG werden die Mitgliedsstaaten aufgerufen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das unbeabsichtigte Vorhandensein von GVO in anderen Produkten zu verhindern und Koexistenz zu ermöglichen. Auf der Koexistenztagung in Wien hat die EU-Kommission nochmals deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es keine EU-einheitlichen Regelungen zur „Guten fachlichen Praxis“ und damit zur Koexistenz geben werde. Von der EU wird allerdings überprüft, ob die einzelstaatlichen Lösungen das Inverkehrbringen von zugelassenen GVO nicht generell verbieten, einschränken oder behindern.



EU-Kommission kneift

Mit diesem Vorgehen hat die EU-Kommission es vermieden, zu den für die Koexistenz entscheidenden Fragen nach notwendigen Mindestabständen, der Festlegung von Grenzwerten in der Ernte und dem Saatgut und der Haftung bei Auftreten von Verunreinigung gentechnikfreier Partien für Rechtssicherheit zu sorgen. Vor dem Hintergrund einer europäischen Landwirtschaftspolitik und einem gemeinsamen Markt wäre eine einheitliche Regelung wünschenswert gewesen, denn schon bei der Betrachtung der von den Mitgliedsländern festgelegten Mindestabständen zeigt sich, dass sehr unterschiedliche Abstände festgelegt werden (siehe nebenstehende Tabelle). In Dänemark zum Beispiel wurde der Abstand, den ein Genmaisfeld zum konventionellen Feld einhalten muss, mit 200 Metern festgelegt, während in den Niederlanden bei vergleichbaren Rahmenbedingungen der Abstand mit 25 Metern angegeben wird. Diese großen Unterschiede legen die Vermutung nahe, dass es bisher entweder keine allgemein anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt oder aber politische Interessen Grundlage für die Regelungen sind.

Anbau in Deutschland

In Deutschland gibt es derzeit fünf vom Bundessortenamt für den kommerziellen Anbau zugelassenen GV-Mais-Sorten. Ein Anbau, der im staatlichen Standortregister gemeldet werden muss, findet statt (angemeldet sind Flächen im Umfang von zusammen rund 1.900 ha). Obwohl das deutsche Gentechnikgesetz Anbau und Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen regelt, fehlen

derzeit konkrete Angaben (z. B. Mindestabstände) für die Praxis. Diese werden derzeit vom BMVEL erarbeitet und sollen noch im Laufe des Frühjahrs den Ländern und Verbänden zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Problem Abstandsregelung

Kern der Verordnung wird eine Strategie zur Vermeidung des Austrags gentechnischer Bestände auf Nachbarflächen sein. Diese wird vor allem durch die Festlegung von Mindestabständen beim Anbau gentechnisch veränderter Organismen geprägt sein. Unklar ist bisher, ob sich die Abstände generell auf benachbarte Flächen beziehen, oder ob sie nur dann Gültigkeit erlangen, wenn dort die gleiche Frucht angebaut wird. Die Anbauer von GVO legen sich mit der Anmeldung ihrer Flächen im Kataster schon drei Monate vor der Aussaat fest. Das ist ein Zeitpunkt, zu dem nicht zwingend bekannt ist, was auf den Nachbarn gesät wird, obwohl darauf von Seiten des GVO anbauenden Landwirts Rücksicht zu nehmen ist. Weiterhin geregelt werden müssen der überbetriebliche Einsatz von Maschinen und Vorkehrungen, die bei der Ernte und Lagerung der Ernte zu treffen sind, um eine Verunreinigung zu verhindern (siehe Bauernstimme 4/06, S. 3).

Grenzwert-Debatte

Grenzwerte für eine Kontamination sind in der im April 2004 in Kraft getretenen EU-Kennzeichnungsverordnung festgehalten. Ab einem Schwellenwert von 0,9 Prozent ist eine Partie generell zu kennzeichnen. Das besondere an diesem Grenzwert ist jedoch, dass er bei

Aufstellung unterschiedlicher Anbauregeln bei Genmais:

Land	Mindest-Abstände vom GVO-Anbau zu Nachbarfeldern (in Metern)		
	zu konventionellen Flächen	zu Ökolandbau-Flächen	zu Flächen mit Saatgutproduktion
Dänemark	200	200	–
Niederlande	25	75	250
Tschechien	70	200	–
Italien	Abstände noch nicht festgelegt		
Spanien	50	–	300
Portugal	200	300	–
Frankreich	Abstände noch nicht festgelegt		
Großbritannien	Abstände noch nicht festgelegt		
Irland	50	75	2.000
Polen	200	300	–
Ungarn	400–800	400–800	–
Luxemburg	800	800	–
Schweden	25	25	–
Lettland	200	400	–
Litauen	200	200	–
Bulgarien	800	800	–

Quelle: www.biosicherheit.de

Fortsetzung auf Seite 13 unten ►

Genmais in Spanien

Ohne Regeln hat Koexistenz keine Chance. Das zeigen Erfahrungen aus Katalonien

Wenn man von Barcelona andert-
halb Stunden nach Nordwesten
ins Landesinnere Spaniens fährt, kommt
man nach Leida in der Mitte Katalo-
niens. Die Region ist landwirtschaftlich
geprägt. Es wird Ackerbau betrieben, für
Wiesen und Rinderhaltung ist die Re-
gion zu trocken. Die Niederschlags-
menge beträgt 400 mm. Er fällt vor
allem im zeitigen Frühjahr und Herbst.
Auf nicht bewässerten Flächen wird aus-
schließlich Wintergetreide angebaut.
Wenn die Sonne Anfang April den Boden
schon wieder zu Staub trocknet, müssen
die Wurzeln der Pflanzen tief im Boden
sein, um an Wasser zu gelangen.

Mais, der Anfang April gelegt wird,
kann nur auf bewässerten Flächen ange-
baut werden. Bewässert wird entweder
durch Regner, die in Abständen von ca.
10 Metern fest auf dem Feld installiert
sind, oder in der Ebene durch Überfluten
der Fläche alle 10 bis 12 Tage.

Nur ein begrenzter Teil der Ackerfläche
ist zu bewässern. Es ist daher keine Sel-
tenheit, dass die Bauern Mais nach Mais
bauen. Das warme Klima ist für den
Anbau von Körnermais gut geeignet.
Doch die Monokultur und das milde
Klima bieten auch für den Maiszünsler
optimale Bedingungen. Durch seine
Fraßstätigkeit schwächt er die Mais-
pflanzen und verursacht Ertrageinbu-
ßen. Seit 1998 versuchen die Bauern
dieses Problem durch den Einsatz von
gentechnisch verändertem Bt-Mais zu
lösen. In Katalonien wuchs im vergan-
genen Jahr auf 17.170 Hektar, das sind
ca. 42 Prozent der Maisanbaufläche,
Bt-Mais.

Neben der heute üblichen Linie MON
810 von Monsanto wurde auch die Li-
nie BT 176 der Firma Syngenta ange-
baut.

Koexistenzregeln von der Industrie

Seit dem Wegfall des de facto Moratori-
ums der EU im April 2004 ist die Dis-
kussion über Koexistenz auch in Span-
nien lauter geworden. Heute klebt auf
den Saatgutsäcken eine kleine Broschüre,
die erläutert, was beim Anbau zu be-
rücksichtigen ist. Der Anbauer soll dar-
auf achten, dass in der Region nicht aus-
schließlich Bt-Mais angebaut wird. Denn
sonst erhöhe sich das Risiko, dass sich
gegen das Gift resistente Zünsler entwik-
keln. Wie Koexistenz funktioniert wird
auf kleinen Bildchen erklärt: von kon-
ventionellem Mais Abstand halten, von
Biomais mehr Abstand. Wird kein Mais
auf den Nachbarflächen angebaut, muss
auch kein Abstand gehalten werden.
Kontrolliert werden die Abstände nicht.
Sie sind lediglich Empfehlungen des
Saatgutproduzenten Monsanto. Erst zu
Beginn dieses Jahres hat die spanische
Regierung der EU-Kommission eine
Koexistenzverordnung vorgelegt, mit
der verbindliche Regelungen vorge-
schrieben werden. Wann genau die Ver-
ordnung in Kraft tritt ist unklar. Der
Anbau in diesem Frühjahr wird aller-
dings noch ablaufen wie gehabt.

Erfahrungen vor Ort

Gespräche mit Bauern aus der Region
um Leida zeigen, dass der Genmais zum
Teil einfach eine Erweiterung des Sor-
tenangebots darstellt, auch wenn die
gentechnisch veränderten Sorten ca. 10
Prozent teurer sind als die konventio-
nellen. Bezogen werden kann das Saat-
gut direkt über die Vertreter der Firma
Monsanto oder beim lokalen Landhän-
dler. Eine Meldung der Anbauflächen in
einem Standortregister erfolgt nicht, was
klar gegen EU-Recht verstößt. So kann
ein Landwirt nur im direkten Gespräch

mit den Nachbarn herausfinden, ob
diese Genmais anbauen.

In der Praxis sind bisher keine Maßnah-
men ergriffen worden, um eine Ver-
schleppung oder Auskreuzung zu ver-
hindern. Die Aussaat Ende März ist
überbetrieblich organisiert ebenso wie
die Ernte des Körnermais im Septem-
ber. Ein Standard „ohne GVO“ ist bei
der bisherigen Wirtschaftsweise nicht
haltbar, da eine Verschleppung über
Maschinen nicht ausgeschlossen wer-
den kann und eine getrennte Erfassung
der Ernte nicht stattfindet.

Studie untersucht Praxis

Doch selbst mit eigenen Maschinen
und einer getrennten Erfassung ist eine
Kontamination nicht ausge-
schlossen. Dies zeigt eine aktu-
elle Studie, die Greenpeace
gemeinsam mit der Bauernver-
einigung „Assemblea Pagesa
de Catalunya“ erstellt hat.
Auf 40 konventionell und
biologisch wirtschaftenden
Betrieben wurde Mais auf
gentechnische Verunreinigung
getestet. In sieben Fällen
konnte eine Verunreinigung
nachgewiesen werden. Im
Falle eines Biobauern betrug
die Verunreinigung 12,6 Pro-
zent. Zu ähnlichen Ergeb-
nissen kommt auch die Prüf-
und Zertifizierungsstelle für
biologische Agrarprodukte
CAAE. Bei Tests auf gentech-
nische Verunreinigung der
Ernte von Biobetrieben wa-
ren 50 Prozent der Proben
positiv. Mit Kontaminationen
zwischen 0,03 und 1,9 Pro-
zent wurden die betroffenen

Partien von einer Vermarktung als Bio-
Produkte ausgeschlossen.

Aus Sicht der Betriebe, die ohne Gen-
technik arbeiten, bleibt zu hoffen, dass
von der Regierung möglichst bald Re-
gelungen eingeführt werden, die zu ei-
nem wirksamen Schutz einer gentech-
nikfreien Landwirtschaft führen.

Marcus Nürnberger

Die Studie „Koexistenz ist unmög-
lich“ steht bei Greenpeace unter
www.greenpeace.de/themen/gentechnik/publikationen/ zum Download.



Bei Eric Navarro, Biobauer aus Spanien, wurde eine gentechnische Verunreinigung von 12,6 % festgestellt.

Foto: Bea Sando/Greenpeace

Fortsetzung von Seite 12 ►

Unterschreiten von 0,9 Prozent nur
dann von einer Kennzeichnungspflicht
befreit, wenn die Verunreinigung zufäl-
lig oder technisch unvermeidbar war.
Wäre eine Verunreinigung von z. B.
0,05 Prozent technisch vermeidbar ge-
wesen, muss sie gekennzeichnet werden
Grenzwert 0,9 hin oder her.

Eine genaue Definition der Begriffe „zu-
fällig“ und „technisch unvermeidbar“
fehlt bisher. Aus Sicht der Praxis besteht
Handlungsbedarf. „Die Kommission
muss die Begriffe „zufällig“ und „tech-
nisch unvermeidbar“ rechtsverbindlich
definieren“, fordert deshalb auch Graefe
zu Bähringdorf, Berichterstatter des EU-
Parlaments auf der Tagung in Wien.

Entlang der Kette

Die Frage der Koexistenz bleibt nicht
auf den Acker beschränkt, sondern zieht
sich durch die gesamte Verarbeitung bis
zum Handel. Vor allem die Erfahrun-
gen der Futtermittelindustrie zeigen,
dass eine Koexistenz, also ein Nebenein-
ander von konventionellen Produk-
ten und gentechnisch veränderten Par-
tien, am gleichen Standort nicht mög-
lich ist. Die Lebensmittel verarbeitenden
Betriebe schließen deshalb eine Ver-
arbeitung gentechnisch veränderter
Rohstoffe gänzlich aus. Üblicherweise
liegen die von Lebensmittelproduzen-
ten akzeptierten gentechnischen Verun-
reinigungen zwischen 0,1 und 0,3 Pro-
zent. Die bisherigen Erfahrungen, vor
allem im Bereich der Futtermittelpro-

duktion, zeigen, dass eine Trennung der
Warenströme mit erheblichem Aufwand
und Kosten verbunden ist. Bisher schla-
gen diese Kosten ausschließlich bei den
konventionellen, ohne GVO produzier-
ten Produkten zu Buche. Die Mehrkosten
resultieren dabei nicht aus höheren
Kosten in der landwirtschaftlichen Pro-
duktion, sondern ausschließlich aus der
notwendigen Trennung und Zertifizier-
ung der gentechnikfreien Produkte.
„Ohne diesen Aufwand hätten wir in
Kürze nur noch GVO-Produkte. Daher
ist es völlig inakzeptabel, dass Verbrau-
cher die höheren Kosten für GVO-freie
Produkte zahlen sollen“, sagt Jutta Jak-
sche, Agrar- und Ernährungsexpertin
vom Verbraucherzentrale Bundesver-
band (VZBV).

Saatgut

Auch für Saatgut muss geregelt wer-
den, ob und, wenn ja, welche Verun-
reinigung zulässig sein kann, ohne zu
riskieren, dass in Zukunft kein gen-
technikfreies Saatgut mehr existiert. In
der Vergangenheit wurden unterschied-
liche Grenzwerte diskutiert. Die gen-
technikfreie Landwirtschaft fordert ei-
nen Grenzwert von 0,1 Prozent für
Saatgut. Nur so könne sichergestellt
werden, dass auch in Zukunft beste-
hende Grenzwerte für die Ernte einzu-
halten sind. Der Bauernverband steht
einem Grenzwert von 0,1 Prozent kri-
tisch gegenüber. Befürchtet wird vor
allem ein Ansteigen der Kosten des
Saatguts, da der Aufwand für die Rein-
haltung steigt.

mn

Josef und Bernd Meerpohl

Big Dutchman ist im Bereich der Stalleinrichtungen für Geflügel und Schweine seit langem weltweit Branchenführer. Infolge der starken Geflügelintensität in Süddoldenburg gründete die US-Firma Big Dutchman im Jahre 1959 in Calvelage (Kreis Vechta) eine Zweigniederlassung und übertrug deren Leitung Josef Meerpohl. Der war Besitzer eines 38 ha großen Landwirtschaftsbetriebes in Calvelage, schaffte sein eigenes Vieh ab und verpachtete seine Flächen an den Geflügelzüchter Josef Kathmann. 1985 übernahm Meerpohl Big Dutchman. Josef Meerpohl ist heute Aufsichtsratsvorsitzender der Big Dutchman AG, sein Sohn Bernd Meerpohl Vorstand.

Bernd Meerpohl dementierte, dass sich die Meerpohls als Investoren bei der Übernahme der früheren Pohlmann-Betriebe finanziell engagiert hätten. Josef Meerpohl habe jedoch seinen ganzen Einfluss für einen Verbleib des Unternehmens in „hiesigen Händen“ geltend gemacht, um eine Abwanderung der Finanzkraft zu verhindern (Wochenblatt Weser-Ems 5/96). Dies entspräche der Strategie Meerpohls, sich im Hintergrund zu halten.

Josef Meerpohl bekam vom damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel im Jahre 2003 das Niedersächsische Verdienstkreuz 1. Klasse. Meerpohl, so der damalige SPD-Agrarminister Bartels (aus Vechta), habe den Interessen der Stadt Vechta, des Oldenburger Münsterlandes und des Landes gedient. Er habe sich u.a. bei der „Frage eines verbesserten Tierschutzes“ hervorgetan. Mit Blick auf das deutsche Käfigverbot hatte Meerpohl zuvor in einem Artikel verlangt, „den momentanen Weg zum Agrarkommunismus, wo der Staat angebotsorientiert Reglementierungen vorschreibt, zugunsten einer nachfrageorientierten Agrarpolitik zu verlassen“.

Als Reaktion auf das Käfigverbot bezeichnete Big Dutchman die Verlagerung eines Teils seiner Produktion nach Arabien. Die arabischen Emirate lägen „auf halbem Wege nach Asien“ (Bauernstimme 2/03). Es gibt Gerüchte über den Aufbau einer 10-Millionen-Legehennen-Anlage in Kuwait bzw. den Emiraten. Josef Meerpohl ist in diesem Jahr vom Landvolk Niedersachsen (Bauernverband) mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet worden. *gf*

Paul Schockemöhle

Aus den Medien ist er bekannt nicht nur als ehemaliger erfolgreicher Springreiter, Turniervoransteller und Pferdezüchter, sondern auch wegen tierquälerischen „Barrens“ – wobei er seinen Jungpferden beim Sprung über Hindernisse mit Stangen systematisch an die Beine schlug.

Er entging knapp einer Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung in Höhe von 15 Millionen DM über eine Stiftung in Liechtenstein – nach einer Selbstanzeige zahlte er rasch einen Abschlag von 10 Millionen DM und kam mit einem Strafbefehl (11 Monate auf Bewährung) davon.

Er ist einer der größten Agrarindustriellen, schon in den 60er Jahren in Süddoldenburg „Hühnerhof-Onassis“ genannt, weil er als Anteilseigner der „Egga GmbH“ die Käfighaltung mit 2 Millionen Hennen vorantrieb und sich auch an Geflügelmast-Anlagen beteiligte. Laut *Hannoversche Allgemeine* war er bereits 1998 an ca. 35 Firmen beteiligt, mit einem Jahresumsatz von mehr als einer halben Milliarde DM: weit über 1.000 Pferde, Pferdehandel im oldenburgischen Mühlen („Dallas in Oldenburg“), Spedition, Möbelfabrik, Betonwerk, Stahlhandel, Kraftfutterwerk, Immobilien, Leasing-Gesellschaft, Stallbaufirma, Geflügel- und Pferdefarm in USA.

Er hat Bekannte und Freunde: Als die Proteste gegen Schockemöhles 10.000er-Schweinemastanlage im mecklenburgischen Klein Laasch hoch kochten, unterstützte Agrarminister Backhaus seine Pläne. Auch mit dem SPIEGEL-Herausgeber und „Pferdemann“ Stefan Aust soll Schockemöhle gut bekannt sein – auf der Internet-Seite „Dobrock-Turnier“ sieht man die beiden ausgelassen (ohne Pferde) über die Hindernisse springen. Einen Bericht von *Spiegel-TV* über die Käfighaltung (mit Stellungnahmen zahlreicher Hühnerbarone) und einen Spiegel-Artikel über das „Unglück der Freiland-Hühner“ empfanden viele Zuschauer als einseitig und beschönigend.

Er bekam von der niedersächsischen Landesregierung 1988 das Verdienstkreuz am Bande des Niedersächsischen Verdienstordens. *gf*

Kurzes am Rande

Deutsche Frühstücksei und Co.

Schockemöhle und Meerpohl werden als Haupteigentümer von Europas größtem Eierkonzern genannt

Die Deutsche Frühstücksei ist Europas größter Legehennenhalter. Gerade hat er sich erfolgreich für die Aufhebung des Käfighaltungsverbots eingesetzt. In Zusammenhang mit Nikotin-Spuren in Eiern ist der Konzern erneut ins Rampenlicht geraten. Kaum bekannt ist, wer hinter dem Konzern steckt.

Die „Frühstücksei“ hatte vor einigen Jahren die Ställe und Käfige des Hühnerbarons Anton Pohlmann übernommen, nachdem dieser Berufsverbot bekommen

– wegen Tierquälerei und wegen des Besprühens seiner Hennen mit ebendem verbotenen Milbgift Nikotin. Die „Deutsche Frühstücksei“ wollte die neuerlichen Nikotin-Spuren in ihren Eiern nun auf „Sabotage“ zurückführen, in Zusammenhang mit der Desinfektion ihrer Ställe durch ein Fremdunternehmen. Diese Erklärung fand die Staatsanwaltschaft bisher wenig plausibel.

Bei der Frage nach der Verantwortung stellt man verwundert fest, dass offenbar die wichtigsten Eigentümer von Europas größtem Legehennenkonzern im Verborgenen bleiben. Zwar sind im Handelsregister einige kleinere Teilhaber genannt, vor allem Agrarindustrielle aus Süddoldenburg – aber

in der Branche werden hinter vorgehaltener Hand als wirkliche Haupteigentümer immer wieder zwei Namen genannt: die Familie Meerpohl (Eigentümer des Stall- und Käfigherstellers Big Dutchman) und Paul Schockemöhle; der hat nicht nur in Pferdehaltung investiert, sondern massiv auch in Geflügel- und Schweine-Anlagen in Mecklenburg.

Die beiden waren vermutlich auch Investoren der geplanten Legehennen-Anlage Neubukow für 800.000 Legehennen, die am örtlichen Protest scheiterte. Laut *Lebensmittelzeitung* vermuteten Branchenkenner hinter der „Mecklenburger Frischei GmbH & Co.“ als Investoren Josef Meerpohl und Paul Schockemöhle (Bauernstimme 1/97). Schockemöhle hatte zwar eine Beteiligung dementiert, dem Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung lag aber nach eigenen Angaben eine Kreditauskunft vor, die auf den Namen Paul Schockemöhle ausgeschrieben war (Bauernstimme 2/98).

Ob diese Branchen-Informationen stimmen, ist nur schwer überprüfbar. Plausibel wären sie allemal. In einer Studie im Auftrag des BUND hat der Agrarwissenschaftler Dr. Andreas Gnekow-Metz im Jahre 1998 die Beteiligungsverhältnisse und Marktanteile großer Unternehmen der Legehennenhaltung untersucht. Aus einem verwirrenden Geflecht von Beteiligungen, stillen Teilhabern und immer neuen Firmennamen fand er folgendes heraus (Stand 1997):

Marktführer am deutschen Eiermarkt ist die Gruppe Deutsche Frühstücksei/Eifrisch/Spreenhagener Geflügelbetriebe. Sie hält zusammen mindestens 16,7 Mio. Legehennen, das sind mindestens 33 Prozent des deutschen Bestandes. Dabei sind die Hennen in Vertragsproduktion noch nicht berücksichtigt, der Autor schätzt den realen Marktanteil auf mindestens doppelt so hoch. An diesem Konglomerat, das nach dem Berufsverbot des Hühnerhalters Pohlmann entstand, sind mehrere Süddoldenburger Familien beteiligt, darunter auch die Schockemöhles.

Über die Vermarktungsfirma Logo Markenei-Service GmbH war die Deutsche Frühstücksei-Gruppe verbunden mit den drei anderen Großen der Branche, nämlich der Hühnerhof Heidegold GmbH (7,4 % Marktanteil), der Goldei Erzeugerverbund GmbH (5,4%) und der Gutshof-Ei GmbH (7,1%). Vorsichtig geschätzt hielt dieser Verbund mindestens 26,9 Mio. Hennen inklusive Aufzucht und damit 53 Prozent des deutschen Hennenbestandes.

1998 wurde die Logo Markenei-Service GmbH aufgelöst, vermutlich bestehen jedoch andere Formen der Verflechtung. An dem zweitgrößten Eierkonzern der Branche, der Heidegold-Gruppe, ist die Deutsche Frühstücksei jedenfalls seit 2002 direkt maßgeblich beteiligt.

Weiterer Teil der Heidegold-Gruppe ist übrigens Heinrich Tiemann mit seiner Bio-Geflügelproduktion „Grüne Wiese Biohöfe GmbH“ und seiner Bio-Eierproduktion „Wiesengold Landei“ – an Tiemanns Unternehmen ist wiederum der Geflügelindustrielle Calvelage („Heidemark“) beteiligt sowie die Raiffeisen-Genossenschaft GS agri, die einer der größten deutschen Mischfutterhersteller ist und im Bereich agrarindustrieller Sauenanlagen engagiert ist (Bauernstimme 6 und 7/2002).

gf

Foto: Big Dutchman



Auch Verpächter ohne Pflicht zur Pauschalauskunft

Niederlage der STV vor Oberlandesgericht München

Das Oberlandesgericht (OLG) in München hat mit einer nunmehr rechtskräftigen Entscheidung die Rechte des Landeigentümers gegenüber Auskunftsverlangen der Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH (STV) gestärkt: Auch ein Verpächter ist nicht pauschal auskunftspflichtig über den Nachbau oder die Person des Pächters. Die Auskunftspflicht setzt immer eine sogenannte Anlass-Tatsache, das heißt einen Anhaltspunkt z. B. einen Rechnungsbeleg über einen Saatgutkauf voraus. Liegt eine solche Anlass-Tatsache nicht vor, gibt es auch gegen einen Verpächter (wie auch gegen einen Bauern oder Aufbereiter) keinen Auskunftsanspruch. Das OLG München reduziert damit die Auskunftspflichten des Verpächters zu Lasten der STV.

Der konkrete Fall

Landwirt L. hatte seinen Betrieb verpachtet. Dem Auskunftsersuchen der STV im Jahre 1999, zuletzt durch deren Hamburger Anwälte, hatte der Landwirt widerstanden. Letzteren teilte er lediglich mit, seinen Betrieb verpachtet zu haben, und ignorierte das Ansinnen, den Pächter zu nennen. Dann geschah nichts mehr, der Landwirt legte die Sache zu den Akten. Erstaunt traf ihn im September 2004 die Auskunftsklage der STV. Sie richtete sich ernsthaft auf Auskünfte für das Wirtschaftsjahr 1997/98! Den folgenden Prozess gewann der Landwirt durch zwei Instanzen. Er verteidigte sich damit, dass die STV keinerlei Anhaltspunkte für einen Nachbau oder Saatguterwerb durch ihn als Verpächter vortrug. Die STV wiederum berief sich auf Schwierigkeiten bei der Ermittlung von Anlass-Tatsachen in Verpachtungsfällen

und gestand letztlich selbst ein, dass sie keine Anlass-Tatsachen für Nachbau oder Saatguterwerb des betroffenen Landwirts nennen könne. Ihr Argument: Weil im Falle der Verpachtung die erforderlichen Anlass-Tatsachen „schwer ermittelbar“ seien, solle ihre Erfordernis in diesen Konstellationen einfach entfallen!

Dem hat zunächst das Landgericht entgegen: Der Europäische Gerichtshof habe in mehreren Entscheidungen klargestellt, dass bei jedem Auskunftsersuchen ein Anlass für die Vermutung des Nachbaus oder des Saatguterwerbs durch den in Anspruch genommenen Landwirt bestehen muss. Diese Rechtsansicht des Landgerichts wurde durch das Oberlandesgericht bestätigt. Zu den Schwierigkeiten bei der Ermittlung von Anlass-Tatsachen hat das OLG vornehm formuliert, hierbei handele es sich wohl „eher um eine Frage des Aufwandes, nicht aber um eine rechtliche Frage“. Das heißt:

Der Sortenschutzinhaber muss Anlass-Tatsachen ermitteln und vortragen, kann er es nicht, hat er keinen Auskunftsanspruch.

Verjährung beachten!

Das Erstgericht stellte fest, dass der Auskunftsanspruch für das Jahr 1997/98 am 31.12.2002 verjährt war. Die STV hatte dem Landwirt wegen eines offensichtlich undurchsetzbaren Anspruchs verklagt. Sie meinte, der Auskunftsanspruch verjähre im Gegensatz zu dem ihm zu Grunde liegenden Gebührenanspruch erst in 30 Jahren. Das hätte zu dem unhaltbaren Ergebnis geführt, dass ein Landwirt bis zu 26 Jahre nach Verjährung des Hauptanspruchs auf Nachbaugebühren den Nebenanspruch auf Auskunft hätte erfüllen sollen. Dieser Methode der Marktforschung hat das Gericht ebenfalls eine deutliche Absage erteilt.

Ralph Baier, Rechtsanwalt in München



Die Saatgutzüchter versuchen auf allen Wegen, an Daten über den Anbau der Landwirte zu kommen. Die Gerichte schieben dem immer wieder Riegel vor und stellen sich damit auf die Seite der Bauern. Ein Ende der Rechtsstreitigkeiten lässt noch auf sich warten. Foto: Herbst

Auskunft über Vergangenheit?

IG Nachbau hat Revision in Karlsruhe angestrengt

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mal wieder in Sachen Nachbau geladen. Am 23. Mai um 11.00 Uhr wird erneut ein Fall zur Auskunftspflicht der Bäuerinnen und Bauern verhandelt. Was zunächst aussieht wie ein erneuter Aufguss von bereits abgehandelten Verfahren, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen in einem Aspekt als entscheidend anders: Das vorinstanzliche Gericht – hier das Oberlandesgericht Düsseldorf – hatte entschieden, dass wenn Anhaltspunkte für Nachbauhandlungen des Bauern von der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) vorgetragen werden, diese nicht nur für den entsprechenden nachfolgenden Zeitraum relevant sind, sondern auch rückwirkend Bedeutung haben. Damit könnte die STV praktisch mit einem aktuellen Rechnungsbeleg über den Kauf von Saatgut der

Sorte XY Auskünfte zur Verwendung dieser Sorte im Betrieb für vorangegangene Jahre erzwingen. Da nicht wirklich ein Zusammenhang herzustellen ist zwischen dem jetzigen Kauf von Saatgut und der Verwendung der Sorte in der Vergangenheit, hatte das Oberlandesgericht München als vorinstanzliches Gericht der bisher entschiedenen BGH-Verfahren die Rückwirkung der Anhaltspunkte abgelehnt. Der BGH selber hatte dazu aber bislang nicht explizit Stellung bezogen, da keine der beiden streitenden Parteien darauf gedrungen hatte. Diesmal hat nun – aufgrund der gegenteiligen Entscheidung des OLG Düsseldorf – die IG Nachbau in dieser Frage die Revision beim BGH angestrengt. Man darf also wieder einmal gespannt nach Karlsruhe reisen oder wenigstens blicken. Claudia Schievelbein

Bericht aus Berlin

„Läuft denn das immer noch?“ war die erste Reaktion von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer, als ihm AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen in einem Gespräch die Entwicklungen in der Nachbauauseinandersetzung darlegte. Mit Interesse lauschte Seehofer den Positionen der IG Nachbau: Ausforschung beenden und Mitspracherechte bei der Verwendung der Gebühren. Das Thema ist ihm schon aus seinem Wahlkreis bekannt. Ihm liegt offenbar etwas daran, die Auseinandersetzungen zu beenden. Er signalisierte, sich des Themas anzunehmen. Da passt, dass Sprecher der IG Nachbau in Seehofers Heimatregion den Minister sowieso mal zum Gedankenaustausch einladen wollen. cs



Linda-Suche

Linda-Kartoffelpflanzgut ist dieses Jahr extrem knapp. Aufgrund des letztjährigen Streits um die Königin der Kartoffeln wurde nur ein Bruchteil dessen vermehrt, was dieses Jahr als Pflanzgut abzusetzen gewesen wäre. Das alles weiß natürlich auch die Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH und hat dementsprechend präpariert ihre Testkäufer losgeschickt. Die konnten doch prompt nach eigenen Angaben in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein Linda-Knollen als Pflanzgut erwerben, obwohl es sich nicht um nach dem Saatgutverkehrsgesetz anerkannte Ware handelte. Dem entsprechend nutzte der Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter (BDP) die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass auch freie Sorten – wie Linda – nicht beliebig in den Verkehr gebracht werden dürften, sondern der Anerkennung nach dem Saatgutverkehrsgesetz unterlägen... Legale Ware verknappten, damit Beschaffung illegaler Ware fördern und dann ordentlich an den Pranger stellen – brillante Strategie des BDP, um per Strafzahlungen die Portokasse aufzupeppen. cs

EU sät Zweifel an ihren Zulassungen

Zusammen mit Kanada und Argentinien haben die USA im Jahr 2003 ein Verfahren zur weitergehenden Öffnung des europäischen Marktes für Gentechnik-Produkte bei der Welthandelsorganisation (WTO) angestrengt. In einem mehr als 300-seitigen Bericht hat die EU der WTO jetzt ihre Bedenken gegenüber der Sicherheit gentechnisch veränderter Organismen (GVO) dargelegt. Die von der Kommission befragten Experten stellen fest, dass es wissenschaftlich keine Einigkeit über die Unbedenklichkeit von GVO gebe. Besonders betont werden die mangelnden Untersuchungen zu Auswirkungen von GVO auf das Ökosystem Boden und die mögliche Ausbreitung in der Umwelt. Auch fehlten Informationen über langfristige Auswirkungen insbesondere auf die menschliche Gesundheit, da hierzu bislang keine Daten erhoben worden seien. Vor diesem Hintergrund verwundert es, dass die Kommission in der Vergangenheit zahlreiche genmanipulierte Maissorten zugelassen hat und die Einwände von Mitgliedsstaaten mit dem Verweis auf die Unbedenklichkeit der Technik zurückgewiesen hat. *mn*

EU-Behörde EFSA zu gentechnikfreundlich?

Die EU-Kommission hat am 12. April beschlossen, das Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen zu überarbeiten. Anlass war unter anderem die von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas vorgetragene Kritik an der für die Prüfung zuständigen europäischen Lebensmittelbehörde EFSA. In Zukunft soll das Verfahren in sich schlüssig und transparenter werden. Langzeiteffekte und Auswirkungen auf die biologische Vielfalt sollen stärker berücksichtigt werden. *mn*

Unvollständige Gentech-Prüfungen

Die niederländische Commission für gentechnische Veränderungen (Cogem), die die Regierung in Gentechnik-Fragen berät, hat sich für gründlichere Untersuchungen vor der Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen ausgesprochen. So würden indirekt eintretende Folgeschäden auf Insekten oder Bodenorganismen nicht genügend geprüft, meldet *agriholland*. *pm*

Resistenz jetzt auch bei Rapsglanzkäfer

Nicht nur bei vielen Ungräsern, Unkräutern und Pilzkrankheiten nehmen die Resistenzen zu – jetzt wachsen auch die Probleme bei der chemischen Bekämpfung des Rapsglanzkäfers. Bei allen in Deutschland zugelassenen Pyrethroiden ist laut *top agrar* die Wirkung nicht mehr ausreichend. Durch neue Wirkstoffe könne die Situation „etwas entschärft“ werden, das Insektizid Biscaya hat ab 15.2. eine Sondergenehmigung in Gebieten mit Pyrethroid-Resistenzen erhalten. *pm*

Wieder „Gendreck weg“-Aktion geplant

Die „Initiative Gendreckweg – Freiwillige Feldbefreiung“ lädt am Pfingstwochenende (2. bis 5. Juni) nach Süddeutschland ein. Laut Veranstalter werden viele Veranstaltungen geboten: u.a. ein Treffen internationaler Anti-Gentech-AktivistInnen aus Frankreich, Polen, England, Italien, Rumänien, Spanien und eine Podiumsdiskussion u.a. mit dem ungarischen Wissenschaftler Arpad Pusztai. Auch eine „symbolische öffentlichkeitswirksame Aktion der Feldbefreiung“ sei geplant (Infos: www.gendreck-weg.de). *pm*

Syngenta mit Pioneer

Schon Anfang April haben Syngenta und Pioneer Hi-Breed bekannt gegeben, dass sie in Zukunft bei der Saatgutproduktion eng zusammenarbeiten werden. Vorrangig geht es darum, sich gegenseitig den Zugriff auf die jeweils unternehmenseigenen Mais- und Sojagene zu gestatten. Desweiteren soll die Zusammenarbeit bei der biotechnologischen Saatgutproduktion zusammenfließen. Vorerst beschränkt sich das Wirkungsfeld auf die USA und Kanada. Eine spätere weltweite Ausdehnung wird jedoch nicht ausgeschlossen.

Mit Syngenta und Pioneer Hi-Breed, einer Tochtergesellschaft von DuPont, schließen sich zwei der fünf weltweit führenden Unternehmen der Agro-Gentech-Branche zusammen. Die Konzentration der Saatgutkonzerne schreitet damit weiter voran. *pm*

Kurzes am Rande

Gen-Mais-Anbau 2006

Anbau im Promille-Bereich, Schwerpunkt in Ostdeutschland

Ab Mitte April wird er gelegt, der Gen-Mais für die Anbausaison 2006. Ein Anbau auf 10.000 Hektar wurde für dieses Jahr prophezeit. Doch so einfach, wie die Genteck-Industrie sich das gedacht hat, ist der Genmais-Anbau nicht durchzusetzen. Ende April sind noch 1.704 Hektar im Standortregister gemeldet. Bundesweit werden 1,6 Mio. Hektar Mais angebaut, womit der Anteil von gentechnisch verändertem Mais bei einem Promille liegt.

Der Schwerpunkt des Anbaus liegt mit über 98 Prozent der 1.704 ha in den so genannten neuen Bundesländern, Vorreiter ist Brandenburg mit 843,4 ha, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (326,5 ha), Sachsen (262,9 ha) und Sachsen-Anhalt (239 ha).

Bauern und Imker in der Nachbarschaft von Genmais-Flächen können einen Antrag auf personenbezogene Auskunft stellen und bekommen dann Namen und Adresse des anbauenden Landwirts genannt. Vordrucke gibt es im Internet auf den Seiten des Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (www.bvl.bund.de) unter dem Stichwort „Gentechnik“.

Rechte der Landbesitzer

Bei Neuverpachtung können Landbesitzer den Anbau gentechnischer Pflanzen im Pachtvertrag ausschließen. Eine Formulierung für den Musterpachtvertrag findet sich auf den Gentechnik-Seiten der Abl im Internet unter: www.abl-ev.de/gentechnik/.

Genmais-Anbau 2006

Deutschland	1.704 ha	
Brandenburg	843,4 ha	49,5%
Mecklenb.-Vorpommern	326,5 ha	19,2%
Sachsen	262,9 ha	15,4%
Sachsen-Anhalt	239 ha	14%
Baden-Württemberg	13,3 ha	0,8%
Bayern	10,6 ha	0,6%
Niedersachsen	7 ha	0,4%
Nordrhein-Westfalen	0,5 ha	0,03%
Rheinland-Pfalz	0,17 ha	0,01%
Thüringen	0,14 ha	0,008%
Hessen	0,09 ha	0,005%
Schleswig-Holstein	0,09 ha	0,005%
Hamburg	0,0001 ha	0

Wie im letzten Jahr gibt es viele Bedenken innerhalb der Landwirtschaft und bei Verbrauchern, weshalb es vor Ort viele Diskussionen mit den Betriebsleitern gibt, die Gentechnik-Mais anbauen wollen.

Was kann ich tun?

Unter www.blv.bund.de/standortregister.htm ist für jeden einsehbar, auf welchen Flächen der Mais ausgesät werden soll. Neben der Postleitzahl findet sich hier auch die Flur- und Schlagbezeichnung der Standorte.

Wenn die Flächen in der eigenen Region liegen, kann man direkt mit den Anbauern sprechen. Aber auch Nachbarn, Bürgermeister, Ortsbauern oder Kirchenvertreter sind betroffen. Und, nur weil eine Fläche angemeldet wurde, heißt das nicht, dass die Landwirte den Mais auch aussäen. Bis Ende April wurden bereits über 290 Hektar zurückgezogen.

Weitere Informationen

„Macht der Anbau von Mon810-Mais betriebswirtschaftlich und anbautechnisch Sinn?“, „Ist die Ernte überhaupt absetzbar?“ und „An welche Auflagen müssen sich Gentechnik-Landwirte halten?“ Antworten gibt ein Hintergrundpapier zum insektengiftigen Mais Mon 810 (ebenfalls unter www.abl-ev.de/gentechnik/ oder bei der Abl, Annemarie Volling, Projekt Gentechnikfreie Regionen in Deutschland, Tel: 04131-400720, Fax: -407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de).

Annemarie Volling

Soja ohne Gentechnik: Und es geht doch!

Das Raiffeisen-Kraftfutterwerk in Würzburg stellt komplett auf gentechnikfreie Futtermittel um

Noch im vergangenen Herbst protestierte die ABL gemeinsam mit dem BUND und Bioland auf dem Gelände des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) in Bonn. Die Bauern forderten: „Wir wollen gentechnikfreie Futtermittel!“. Nach Sichtweise der Genossenschaft war der Bezug gentechnikfreier Ausgangsstoffe wie Soja und Mais aber nicht zu gewährleisten. Die Folge: Alle Futtermischungen, in denen Soja und Mais verarbeitet war, wurden als gentechnisch verändert gekennzeichnet, auch wenn sie keine Kontamination aufwiesen.

Doch wie schon im alten Gallien gibt es offenbar auch bei der Raiffeisen Dörfer, in denen manches anders läuft. Am 10. April lud die Geschäftsführung des Raiffeisen Kraftfutterwerkes Süd zur Podiumsdiskus-

sion. Herr Steinruck, stellvertretender Geschäftsführer des Werkes, verkündete, nach annähernd zwei Jahren harter Arbeit sei es nun soweit: „Das RKW Süd stellt seine gesamte Produktion auf nicht kennzeichnungspflichtige Ware um.“

Herkunft Brasilien

Grundlage für diesen Schritt ist die von der Firma CertID gewährleistete lückenlose Zertifizierung gentechnikfreier Soja vom Feld in Brasilien bis zum Werk in Würzburg. Herr Köster (CertID) stellte dar, dass auch in Zukunft der Bedarf an gentechnikfreier Soja gedeckt ist. Allein in Brasilien standen im vergangenen Jahr genügend Sojabohnen „ohne Gentechnik“ zur Verfügung, um den gesamteuropäischen Bedarf von ca. 36,6 Mio. Ton-



Werden auch in Zukunft ohne GVO gefüttert.

Foto: Besh

nen zu decken. Für die Anbauregion in Brasilien, wo über 70 Prozent der Produktion ohne Gentechnik erfolgt ist, ist die in den letzten Jahren kontinuierlich steigende Nachfrage ein deutliches Signal dafür, auch in Zukunft gentechnikfrei zu produzieren.

Wie wichtig die Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft für den wirtschaftlichen Erfolg deutscher Landwirte ist, beschrieb Herr Bühler, Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (Besh). In ihr sind ca. 650 Betriebe organisiert, die nach den Richtlinien der Erzeugergemeinschaft Schweine- und Rindfleisch produzieren. Nach der Schlachtung im eigenen Schlachthof werden die Produkte über Fleischereifachbetriebe vermarktet. Weitere Abnehmer sind die gehobene Gastronomie sowie Unilever, für dessen Linie „Du darfst“ die Erzeugergemeinschaft der alleinige Lieferant ist. Die gentechnikfreie Fütterung ist einer der zentralen Qualitätsstandards. Das Wachstum der vergangenen Jahre zeigt, dass diese Qualität vom Verbraucher verlangt und finanziell honoriert wird.

Etwas teurer

Die Mehrkosten liegen je nach Futtermischung zwischen 70 Cent (Milchleistungsfutter) und 2,30 Euro pro Dezitonne bei Mischungen für die Schweinemast. Der weiterhin nur den gentechnikfreien Produkten aufgeschlagene Aufpreis resultiert aus den Kosten für Trennung und Zertifizierung der Rohstoffe.

Der Präsident des Raiffeisenverbandes Herr Nüssel machte deutlich, dass es sich bei der Umstellung keinesfalls um eine ideologische Neuausrichtung handele. Vielmehr sehe man die Vermarktung gentechnikfreier Futtermittel als ein Geschäftsmodell. „Wir hoffen hier gute Geschäfte machen zu können.“ Nüssel betonte, dass die Verfügbarkeit gentechnikfreier Futtermittel nicht auf den süddeutschen Raum beschränkt ist. Voraussetzung ist allerdings eine Abnahmemenge von mindestens 25 Tonnen, die oft nur dann erreicht wird, wenn sich verschiedene Betriebe zusammen schließen. Offen blieb, welche Transportaufschläge bei einer Anlieferung zum Beispiel in Norddeutschland anfallen.

Argentinien bittet EU um Unterstützung

Beim Import von argentinischem Soja kassieren europäische Zollbehörden im Auftrag von Monsanto anfallende Patentgebühren. Das Unternehmen, von dem das Saatgut für die Soja stammt, hat bisher keine Patentrechte in Argentinien. Die Argentinische Regierung bittet die EU um Unterstützung und kritisiert, Monsanto behindere den freien Handel und nutze seine marktbeherrschende Position aus.

Anzeige

Grüne Gentechnik? Sie haben die Wahl:

Nicht-gv
Nicht-gentechnisch-veränderte-Futtermittel (Nicht-gv) mit Zertifikat ab Werk Würzburg

Non-GMO
Non GMO-Sojaschrot ab Werk Würzburg

Grüne Gentechnik
Futtermittel mit grüner Gentechnik ab den Werken Buchloe, Heilbronn, Memmingen, Regensburg

RKWSÜD

Raiffeisen Kraftfutterwerke

Gesundes Futter für gesunde Nahrung

Die Beschaffung „gentechnikfreier Rohstoffe“ wird immer schwieriger. Trotzdem bietet RKW SÜD „Nicht-gentechnisch-veränderte- Futtermittel“ (nicht-gv-) an.

Die gesetzliche Kennzeichnungsvorschrift erfordert den Nachweis der genetischen Beschaffenheit der Produkte. Dies wird erreicht, indem die **Identität der Rohware vom Saatgut bis zum fertigen Mischfutter belegt** und damit das Produkt bis zu seinem Ursprung zurückverfolgt werden kann. Diesen Prozess lässt RKW SÜD als „Hard-IP“ zertifizieren.

Das Konzept der RKW SÜD lautet: **Wahlfreiheit bei Futtermittel**. RKW SÜD nimmt ganz bewusst die neutrale Position - **weder pro noch contra Gentechnik** - ein. Wir überlassen dem Tierhalter, Vermarkter und letztendlich dem Verbraucher, für welches Produkt er sich entscheidet.

Nicht kennzeichnungspflichtig
CERT ID
Futtermittel

Raiffeisen Kraftfutterwerke Süd GmbH
Nördliche Hafenstraße 12,
97080 Würzburg
Telefon: 09 31/ 9 02-0,
Telefax: 09 31/ 9 02-4 20
www.rkwsued.de

Ein Unternehmen der süddeutschen Hauptgenossenschaften

Rohwaren-Identität belegt durch Hard-IP – zertifiziert durch Cert ID



Region – das ist zunächst ein unorganisierter Haufen.“ So deutlich umschreibt es Professor Ulf Hahne vom Fachgebiet Nachhaltige Regionalentwicklung der Universität Kassel. Dabei werden in die Region viele Hoffnungen hineingelegt: Nachhaltig soll sie sein. Die Wertschöpfung fördern, innovativ, zukunftsfähig ... und natürlich alles und jeden integrieren. Integrierte ländliche Entwicklung ist das Schlagwort, dem sich Förderprogramme wie „Regionen aktiv“ (Bund), „LEADER“ (EU) oder „PLENUM“ (Baden-Württemberg) verschrieben haben.

Kommunikation tut not

Doch die Herausforderung liegt in der Komplexität. Immer neue Aufgaben werden der regionalen Ebene gestellt. Vielfach werden Regionen ganz neu organisiert, z.B. bei LEADER oder „Regionen aktiv“, und finden sich dann zwischen bereits bestehenden Organisationsstrukturen wie Landkreisen, Kammern usw. wieder. Organisationen und Einzelpersonen mit unterschiedlichen Interessen und Werten treffen da aufeinander. Der Schlüssel einer positiven Regionalentwicklung liegt in einer gelungenen Kommunikation. Diese haben Professor Hahne und sein Mitarbeiter Stefan Gothe im Forschungsprojekt „Dialogische Kommunikationsmethoden für die Nachhaltige Regionalentwicklung“ ins Zentrum gerückt und die Ergebnisse auf der Tagung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt am 8. März in Osnabrück vorgestellt.

Motivation fördern

„Die Bereitschaft zur Kommunikation ist eine knappe Ressource“, berichtet Ulf Hahne und rät, an der Motivation der Beteiligten zu arbeiten. Leider zeige die Praxis, dass an Runden Tischen oft einzelne Blockierer sitzen und der „gutgemeinte“ Plan nur Widerstand hervorruft. Kommunikation findet nicht statt oder heikle Themen werden ausgespart.

Um solche Blockaden zu lösen und Prozesse in Gang zu bringen, haben die beiden Regionalplaner auf bewährte Methoden aus Organisationsentwicklung und Unternehmensberatung zurückgegriffen. Auch dort werden Kommunikationsprozesse mit Hunderten von Leuten durchgeführt. Stefan Gothe, der gelernter Organi-

Regionen in Bewegung

Neue Wege der Regionalentwicklung: Kommunikation verbessern

sationsberater ist, gibt zu bedenken, dass in der Wirtschaft ein Vielfaches an Geld für solche Prozesse zur Verfügung steht im Gegensatz zur Nachhaltigen Regionalentwicklung, wo viel ehrenamtlich läuft.

Neue Herausforderungen

Die Erfahrungen aus konkreten Projekten sind eingeflossen in die Fortbildung „Prozessmanagement für die Nachhaltige Regionalentwicklung“, die im Rahmen des Forschungsprojekts bereits durchgeführt wurde. Es ist ein berufsbegleitendes Angebot für Regionalmanager, die Erfahrungen aus ihren Regionen einbringen und aufarbeiten. Angesichts des Beginns neuer Förderperioden wie z. B. der ELER-Verordnung der EU für den ländlichen Raum, die die Bundesländer bis 2007 umsetzen müssen, oder das Ende der ersten Förderphase von „Regionen aktiv“ und nicht zuletzt angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel stehen die Regionen jetzt vor neuen Herausforderungen. So erfolgt bei „Regionen aktiv“ derzeit eine Reduzierung der vielen, breit angelegten Handlungsfelder. Zukünftig müssen die Projekte mehr auf ihre Wirtschaftlichkeit achten und diese nachweisen. Die Regionen stehen auch untereinander in Konkurrenz und müssen sich deshalb spezialisieren. So wählte z.B. das Wendland von seinen bisher vier Handlungsfeldern die Bioenergien und legt den Schwerpunkt auf Holz- und Biogasnutzung. Denn in der zweiten Förderphase von „Regionen aktiv“ 2006/2007 fließt wesentlich weniger Geld. Vor diesem Hintergrund wachsender Ansprüche an das Regionalmanagement bietet die Fortbildung „Prozessmanagement“ die methodische Qualifikation. „Die Leute bringen Themen aus der Praxis mit“, berichtet Stefan Gothe, „und wir arbeiten gemeinsam an den Strukturen der Regionalprozesse.“ Dabei stellt er auch fest, dass die Regionen aus „Regionen aktiv“ durch den breiteren Ansatz des Programms gut

aufgestellt sind. Auf Kommunikation wurde hier schon durch die Vorgaben des Wettbewerbs großen Wert gelegt. Auch die Landwirtschaft ist bei „Regionen aktiv“ durch den breiten Ansatz besser in die Regionalentwicklung eingebunden. So arbeiten die Akteure aus den so genannten Achsen der ELER-Verordnung schon gemeinsam an der Entwicklung der Region.

Methode Regionaufstellung

Als neues Instrument der Kommunikation stellte Stefan Gothe auf der Tagung in Osnabrück auch die Regionaufstellung vor. Diese wird in den Fortbildungskursen genutzt, um Konflikte in den Regionen darzustellen und zu bearbeiten. Angelehnt ist sie an Erfahrungen, die Gothe als Organisationsaufsteller gesammelt hat. In der Landwirtschaft besser bekannt sein dürfte die Familien- und Betriebsaufstellung. Bei der beispielhaft durchgeführten Aufstellung in Osnabrück wurden Akteure und Organisationen aus einer Region durch stellvertretende Personen in ihren Beziehungen zueinander aufgestellt und dann befragt, wie sie sich in ihrer Position fühlen. Daraufhin wurde Umstellungen vorgenommen, bis alle schließlich eine ihnen angenehme Position eingenommen hatten. Ein begeisterter Teilnehmer äußerte dazu: „Das lockert auf, löst Spannungen. Das probieren wir auch mal aus!“ Stefan Gothe warnte aber davor, eine Aufstellung in der Region mit den Akteuren selbst durchzuführen. Da würden schnell Befindlichkeiten geweckt, die nicht mehr händelbar seien. *we*

Mehr Infos unter www.regionale-prozesse-gestalten.de, dort kann auch der kostenlose Newsletter heruntergeladen werden, und www.regionsaufstellungen.de Zum Weiterlesen: *Regionale Prozesse gestalten – Handbuch für Regionalmanagement und Regionalberatung* (siehe Lesenseiten)



Eine Regionaufstellung auf der Tagung in Osnabrück,

Fotos: Erdmanski-Sasse

Die Fortbildung „Prozessmanagement für die Nachhaltige Regionalentwicklung“ ist als Dekade-Projekt der UNESCO zur Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet worden. Die Termine für 2006: 17.-20. Mai, Modul 3 Beratungsgespräche 16.-18. Juni, Coachingtreffen 06.-09. Sept., Modul 4 Konflikt 11.-14. Okt., Modul 5 Großgruppen 08.-11. Nov., Modul 6 Prozessgestaltung 01.-03. Dez., Coachingtreffen Weitere Infos unter www.regionale-prozesse-gestalten.de

Alle Räder stehen still ...

Bauern und Bäuerinnen, Landfrauen und Landjugend übten für einen Tag die „verkehrslenkende Polizeigewalt“ in den Kreisen Vechta/Cloppenburg

*Die Bauernstimme wird 30!
Grund zum Rückblick
Aus dem Bauernblatt November 1993*

Wir sind die Leute, vor denen unser Bauernverband immer gewarnt hat“, äußert Augen zwinkernd ein Jungbauer an einer Auffahrt zur Autobahn A 1 auf die Frage eines Journalisten, wer hier denn so alles mitmache. Hier, das sind nicht nur die Auf- und Abfahrten zur A 1, an denen an diesem Tag nichts mehr geht, hier, das ist die gesamte Region Vechta/Cloppenburg. Und „Mitmachen“ heißt an diesem Tag für viele Menschen „Kampf um meinen Arbeitsplatz“, denn in dieser Region verdienen mehr als ein Drittel der Menschen ihr Geld in oder an der Landwirtschaft, leben von der „Veredelung“.

Die jetzt von der EG beschlossene Vernichtungsmaßnahme von Hunderttausenden gesunder Schweine „unter dem Deckmantel der Tierseuchenbekämpfung“ wird hier als „Handelskrieg“ begriffen. Und „gegen die wirtschaftliche Vernichtung einer ganzen Region“ gilt es zu kämpfen. Seit den frühen Morgenstunden hatte die Polizei versucht, die Sperrung der Autobahn zu verhindern. Es gelang ihr nicht. „Außer Sichtweite“ waren Viehtransporter auf die Autobahn aufzufahren, wurden irgendwann langsamer, stoppten, die Fahrer zogen den Schlüssel ab und gingen. Die A 1 war dicht, die Fahrzeuge standen Schnauze an Schnauze und auch sämtliche Zufahrtsstraßen sowie Kreuzungen im Umkreis der Autobahn und in den Städten und Gemeinden wurden zugestellt. Unter den Blockade-Fahrzeugen auch viele Lkws aus dem vor- und nachge-

lagerten Bereich (Viehtransporter, Futtermittelhandel etc.), der sich an diesem Tag solidarisch erklärt hatte.

Von nun an bestimmten Bauern und Bäuerinnen, welcher Verkehr und wo fließen durfte. Fragen an die Polizei wurden mit dem Hinweis „da müssen Sie die Bauern fragen“ beantwortet.

Die Initiative zu diesen Blockaden war „von unten“ gekommen, so sehen das hier viele. Nicht der Bauernverband, sondern die Interessensgemeinschaft der Schweinehalter Norddeutschland (ISN) wegen der durchschnittlichen Anzahl der Mast Schweine auf den ihr angeschlossenen Betrieben auch „Club der Tausend“ genannt, forderte und organisierte Aktionen. „Die Spitze des Bauernverbandes kam doch erst, als wir schon nicht mehr zu stoppen waren“, sagt ein blockierender Bauer nicht ohne Stolz. Landfrauen und Landjugend verteilen Essen und Trinken. Dafür haben ortsansässige Industrie und hiesiger Handel einige tausend Mark gespendet. Auf der Autobahn werden Flugblätter verteilt.

Die Reaktionen zwischen Verärgerung und Verständnis über das Warten im Stau halten sich die Waage. Die Geschichte von einem völlig verärgerten Manager, der sich selbst als „hochrangig“ bezeichnet habe und bei seinen Kollegen dafür sorgen wolle, dass diese keine Produkte deutscher Bauern mehr kaufen werden, sorgt bei den umstehenden Demonstranten für Erheiterung. Man ist sehr selbstbewusst. Und was passiert, wenn in Brüssel die Maßnahmen nicht zurückgenommen werden? „Das hier ist erst der Anfang. Dann setzen wir noch einen drauf.“ *Foto/Text: Febl*



Schweinerei

Einst wollte ich Bauer werden und machte deshalb eine Lehre auf einem Hof in Westfalen. Ich erinnere mich lebhaft an die täglichen kleinen Geschichten aus der Landwirtschaft in einer Zeit, in der Bio noch keine Rolle spielte auf meinem Lehrbetrieb.

SACH 'MA, HÖRST DU DAS NICH?! WAS? IM LAUFSTALL KEUCHT EIN SCHWEIN! JA, UND? WELCHES? WEIß ICH DOCH NICH! JA, GUCK DOCH MAL!

Auf Höfen liegt zwischen solchen Gesprächen gern schon mal eine Strecke von 100 Metern, und Flüstern hat kein Bauer jemals gelernt. UCHI, UCHI, UCHI! Aus dem Gewühl von vielleicht 60 feisten Leibern im Laufstall stach ein Rücken spitz hervor. Der Schröchel! Eindeutig beginnender Keuchhusten, nicht zu unterschätzen, ansteckend.

Für solche Fälle hat der Bauer immer ein Stück Kreide auf der Fensterbank liegen – zum Kennzeichnen. Ich nehm' also die Kreide, steig' in den Stall, der warme Mist saugt meine Stiefel an und das Rodeo beginnt. 60 Schweine nahmen Fahrt auf.

Dazu muss man wissen, sämtliches Borstenvieh ist im Sternbild der Schweinschaxe geboren. Die Angst vor Menschen ist ihnen also ins Herz gesenkt. Sie laufen dann nur noch – am liebsten weit, geht aber im Stall nicht, also rund um einen rum. Sie fingen also an zu laufen, und der Schröchel mit.

UCHI, UCHI, UCHI! Immer rund ROCK AROUND THE Rüpel, der

sich mit dem Stück Kreide seiner dünnen Schwarte näherte. Und zwar im Schweinsgalopp. Du kannst nämlich nur mitlaufen in der Runde – und das Schwein irgendwie umhauen. Wer's noch nicht weiß: Schweine sind verdorri noch eins ideal geformt. Wie ein Zäpfchen im Grunde, fest und glatt, eberhart und sauschnell. Entweder du packst sie bei den



... aus Westfalen

Ohren oder am Schwanz – ansonsten sind sie nicht besonders griffig. Man kriegt sie auch nicht überredet. So von wegen „Nun leg dich mal ab, du arme Sau.“ Was ja unter Schweinen noch nicht mal eine Beleidigung ist. Ich also forsch die Schrittlänge aufgenommen, im engen Radius schnell auf Höchstgeschwindigkeit. Nach sechs Steilwandrunden haute ich in einer besonders engen Kurve dem Schröchel die Beine weg ... zack, der Strich.

FRIEDRICH! WAS IST JETZT; LASS GEHEN; ICH HAB'S.

Der Bauer kam angeflogen, die Spritzpistole im Anschlag. Er stieg über die Brüstung, es kam diesmal enorm Fahrt in die Rotte. Ich führte knapp, ich war der Fänger. Einen wie Friedrich im Windschatten, ich sag Euch, da ist man mit einem Mal selber auf der Flucht. Es dürfte kein viel ärmeres Bild seit Bethlehems Stall gegeben haben, als zwei 100 Kilo-Pakete im engen Sambaschritt auf Sauenjagd im BAUER-SLIDE. Denn Schweine können fliegen. Ich packte zu, kriegte vom Schröchel den Ringelschwanz zu packen – und erlebte eine glatte Umkehrung der Gefühle.

„HALT FEST“, brüllte Friedrich. „JETZT LASS DOCH GEHEN“, brüllte ich zurück. Ging nicht, er hat Hüfte, ich hab Hüfte – wir können nur Umwege um uns rum laufen.

Die Sau hatte indes die Schnauze voll, stoppte auf der Stelle, drehte hochhackig um, lief zurück durch meine eigenen Beine – und zog mich mit durch; weil ich diesen verfluchten Schwanz nicht losließ. Ich machte einen saumäßigen Abgang und konnte als Luftaufklärer beobachten, wie das arme Schwein auch Friedrich umbürstet. Man fällt nicht hart auf Mist. Und dennoch: „SCHEIß“, brüllte der Bauer. Er hatte sich die Spritze selbst in den Oberschenkel gejagt. Ich landete nicht weit von ihm.

Hinten in der Ecke stand der Schröchel mit zitternden Flanken. ÜCHI, ÜCHI, ÜCHI. Friedrich und ich sahen beschissen aus. HUSTE DOCH WEITER; DU ALTE SAU! Aber ihr wisst ja, unter Schweinen ist das keine Beleidigung.

Ein Bauer (44 Jahre) erzählt...

Regionale Prozesse gestalten

Das Handbuch für Regionalmanagement und Regionalberatung ist im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt entstanden (siehe S. 18).

Es ist ein Handbuch aus der Praxis für die Praxis. Abläufe und Methoden werden knapp und übersichtlich dargestellt, ergänzt durch zahlreiche Grafiken und Tabellen sowie Vorlagen für Arbeitsblätter. Fragen wie Wozu? Wie? Wann? gliedern den Text. Den Abschluss bilden Berichte aus der Praxis. Es richtet sich an alle, die in regionale Prozesse eingebunden sind und diese mitgestalten wollen. Es bietet das notwendige Grundhandwerkszeug zum Aufbau einer sinnvollen Arbeits- und Organisationsstruktur, zum Managen von Projekten sowie zur Durchführung von Arbeitstreffen, Workshops und Informationsveranstaltungen.

we

Stefan Gothe: *Regionale Prozesse gestalten – Handbuch für Regionalmanagement und Regionalberatung*. ISBN: 3-89117-154-4, 338 S., 39,00 Euro. Bezug: Infosystem Planung, Univ. Kassel, Henschelstr. 2, 34127 Kassel, Tel.: 0561-804-2016, Fax: -2232, E-Mail: info-isp@uni-kassel.de, www.regionale-prozesse-gestalten.de/160.0.html



Frauen aktiv gegen Atomenergie

20 Jahre Tschernobyl: Wenn aus der Wut Visionen werden

Tschernobyl hat unser Leben verändert“, lautet die einhellige Einschätzung der vielerorts nach der bisher schwersten Katastrophe der zivilen Kernenergienutzung gegründeten Gruppen. 20 Jahre nach der Katastrophe wollte „genenet“ – die Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit – wissen, wie nachhaltig diese Veränderungen waren. Genenet hat Frauen gebeten, ihre Erinnerungen an die Zeit nach dem Reaktorunfall aufzuschreiben: Wie haben sie damals auf die Nachricht reagiert, dass radioaktive Niederschläge große Regionen Europas verseuchen? Wie hat dieser größte anzunehmende Unfall ihr Leben verändert? Wie schätzen sie die Risikotechnologie heute ein?

Eine Auswahl der Reaktionen ist in diesem Buch zusammengefasst: sehr persönliche



Erinnerungen an die Verunsicherung und die Wut; Berichte über den Widerstand von damals und heute; Projekte und Visionen als Antwort auf den Reaktorunfall; Analysen der aktuellen Atompolitik und die Einstellungen der Frauen dazu.

Die Beiträge berichten von der Situation in Deutschland und Europa, aber auch von den bewegenden Erlebnissen der Frauen am Ort des Geschehens: in der Ukraine, in Weißrussland, in Russland.

„Frauen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer gerechten, Ressourcen schonenden und friedlichen Welt. Darauf möchte ge-

nanet mit dieser Veröffentlichung aufmerksam machen“, erklärt die Herausgeberin Ulrike Röhr.

pm

Genenet / Ulrike Röhr (Hrsg.): 20 Jahre Tschernobyl. Frauen aktiv gegen Atomenergie – wenn aus Wut Visionen werden. 19,00 Euro, BOD 2006, ISBN 3-8334-4592-0, zu beziehen über den ABL-Verlag: genenet Life e.V., Hohenstaufenstr. 8, 60327 Frankfurt/M., Tel.: 069-740757, E-Mail: leitstelle@genenet.de

Jelena B., 49 Jahre

„(...) Sie schläft spät ein an diesem 26. April 1986. Einen Knall hörte sie noch und ein Geräusch, als käme eine Panzerkolonne näher. Der Sohn verbringt diese Nacht bei einem Freund. Gegen 4 Uhr klopft ein Nachbar bei ihr. „Eine Katastrophe muss geschehen sein.“ Mehr weiß er auch nicht. Seine Schwiegermutter arbeitete als Telegrafistin und hatte nur soviel sagen können: „Es ist etwas Schreckliches passiert.“

Am nächsten Morgen wollen alle Genaues erfahren. Doch immer, wenn Jelena telefonieren will, ist es, als sei ihr Telefon gestört. Ansonsten ist alles wie immer an diesem Sonnabend. Die Kinder gehen in die Schule, Frauen einkaufen, Männer mit Hunden spazieren. Schon am Vormittag ist es sommerlich warm. Nichtsdestotrotz lau-

fen die Zentralheizungen auf Hochtouren. Viele Bewohner ziehen deshalb in ihre Gärten, arbeiten dort oder sonnen sich. Im Fernsehen flimmert das ganz normale Programm. Keiner weiß etwas von den Arbeitern, die mit schweren Verbrennungen im Krankenhaus liegen.

Jelenas Mann steigt auf das Dach ihres 16-geschossigen Hauses. Er nimmt ein Fernglas mit. Dass der nur zwei Kilometer entfernte Reaktor explodiert sein könnte, kann er sich nicht vorstellen. Schließlich sah er die dicken Betonwände schon mit eigenen Augen. Doch dann entdeckt er das Loch im Dach des Reaktors. ...“

Auszug aus dem Buch „Frauen aktiv gegen Atomenergie...“

KTBL: Visionen oder Weiter so?

Verschiedene Autoren beschreiben Situation und wagen Ausblick

Mit Visionen für die Landwirtschaft im Jahre 2015 wollte sich die letzte KTBL-Tagung beschäftigen, die Vorträge in diesem Buch erfüllen diesen Anspruch zumeist nicht und beschränken sich auf das „Weiter so“.

Professor Heißenhuber (Uni München-Weihenstephan) gibt einen Rückblick auf die letzten Jahre der Agrarpolitik und prognostiziert: Mit der Liberalisierung und Entkoppelung der Direktzahlungen werden die Standort- und Betriebsbedingungen wieder stärker wirksam, die Bedeutung der Landwirtschaft für Nahrungs- und Rohstoffherzeugung wächst. Vom Bundesministerium (BMELV) betont Stefan Schulz: Wenn sich in der Region etwas bewegt, dann profitiert auch die Landwirtschaft. Professor Matthias Dombert beklagt, dass der Landwirtschaft ein branchenspezifisches Regel- und Gesetzwerk fehlt, so dass landwirt-

schaftliche Betriebe zu oft in eine Reihe mit anderen Wirtschaftsbranchen gestellt werden.

Mathias Dralle von der Niedersächsischen Landesgesellschaft beschreibt die möglichen Ergebnisse bei Fortgang der bisherigen Konzentrations-, Kooperations- und Spezialisierungsprozesse in der Tierhaltung und in den Intensivregionen, weist aber auf die zunehmenden Restriktionen bei der Genehmigung neuer Ställe, bei den steigenden Pachtpreisen, den Fremd-AK und der Akzeptanz der Öffentlichkeit hin. Dozent Dr. Eberhard Hartung beschreibt Abluftreinigungsanlagen, mehrere KTBL-Mitarbeiter und die Auswirkungen der Klimaschutzpolitik auf die Tierhaltung. Volkmar Nies von der Landwirtschaftskammer NRW benennt die Auswirkungen des neuen Baurechts auf die Landwirtschaft bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen, Georg

Raue vom Landkreis Cloppenburg beschreibt die neue Baurechtsregelung, wonach ein Betrieb das benötigte Futter nicht mehr tatsächlich überwiegend auf den eigenen Flächen erzeugen muss – die Flächen müssen nur noch theoretisch dafür geeignet sein. Auch weitere Vorträge behandeln die Genehmigungsverfahren und Steuerungsmöglichkeiten von Ställen und Biogasanlagen – ob aber das von Marcus Hehn (Bauernverband Rheinland-Nassau) vorgestellte Mediations-Konfliktmanagement zu einer Akzeptanz der agrarindustriellen Strukturen führen kann, das kann getrost bezweifelt werden.

en

KTBL (Hrsg.): Landwirtschaft – Visionen 2015. KTBL-Band 438, Darmstadt, 2005, 191 S., 24 Euro, Bezug über: KTBL, Barningstr. 49, 64289 Darmstadt, Tel. 06151-7001-0, E-Mail: ktbl@ktbl.de

Einmal Bäuerin/Bauer sein

Eine Käferplage vernichtet die gesamte Kartoffelernte eines Bauern. Auf der anderen Seite des Globus nehmen Industrieanlagen immer mehr Platz ein und zerstören die Existenz von Urwaldbauern ... Bei einem neuen Planspiel werden Kinder der Sekundarstufe I (10 bis 14 Jahre) in solche Situationen versetzt. Ziel dabei ist, die Nahrungsmittelproduktion in der Landwirtschaft und deren ökologische Dimension erlebbar zu machen und globale Verknüpfungen über den Handel aufzuzeigen.

Das Planspiel liegt in zwei Versionen vor. Bei der ersten Spielversion schlüpfen rund 15 bis 20 Kinder fünf Tage lang an einem außerschulischen Lernort in verschiedene Rollen. Ein passendes Außengelände (z. B. Gemüsegarten oder Kartoffelacker) sollte gegeben sein. Sechs Teamer führen durch das Spiel. Über die entsprechenden Verkleidungen, Spielgeld oder Arbeitsgeräte identifizieren sich die Kindern mit ihrer Rolle. Um den täglichen Lebensbedarf zu sichern, sind alle Kleingruppen durch den Verkauf und den Einkauf von Lebensmitteln wirtschaftlich miteinander vernetzt. So lernen die Kinder im Spiel, wie Landwirtschaft und Globalisierung funktionieren.



Die zweite Version ist für den Einsatz im Klassenraum, in acht Unterrichtsstunden durchführbar. Es werden zwei Teamer benötigt bei 21 bis 28 Kindern. Als Material werden verschiedene Lebensmittel besorgt wie Bio- und konventionelle, fair gehandelte, regionale und solche aus aller Welt.

Mit Hilfe der Materialmappe lässt sich das Planspiel selbst organisieren. Die Mappe enthält eine in sich abgeschlossene Spielanleitung mit Hintergrundinformationen, Aktionskarten, Kostenaufstellungen, Einkaufspläne, Spielgeld usw. Die Mappe wurde vom Naturpädagogischen Zentrum Schelphof in Bielefeld erarbeitet, das das Planspiel auf Anfrage auch durchführt, inklusive Hofbesuch. *we*

Kontakt: Naturpädagogischen Zentrum Schelphof e.V., Anne Wehmeier, Eckendorfer Str. 311, 33609 Bielefeld, Tel. 0521-3044063, www.npzschelphof.de.

„Einmal im Leben Bäuerin oder Bauer sein“, 130 S., 7,00 Euro (incl. Versand). Zu beziehen bei: Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA), PF 101051, 45610 Recklinghausen. Download: http://www.nua.nrw.de/offentl/publikat/pdfs/27_planspiel.pdf

Kurzes am Rande

„arbeitsergebnisse“ Rindergesundheit

In der aktuellen vom Fachbereich Landnutzung und regionale Agrarpolitik der Universität Kassel erstellten Ausgabe der „arbeitsergebnisse“ dreht sich alles um das Thema Rindergesundheit. Wie man auf den Einsatz von Antibiotika verzichtet, wird anhand der 18-jährigen Erfahrung des Kirchhofs dargestellt. Die Domäne Frankenhausen schildert selbstkritisch ihre Probleme mit Lahmheiten, die neben Fruchtbarkeitsstörungen und Euterentzündungen zu den häufigsten Abgangsursachen beim Milchvieh gehören. Weiter Themen sind der Gesundheitsbegriff im Öko-Landbau und ethische Betrachtungen zum Schlachten und Essen von Tieren. In gewohnter Weise werden die Beiträge im Anschluss diskutiert und einzelne Aspekte besonders angesprochen. *mn*

„arbeitsergebnisse“ Heft 60, März 2006, 68 S., 6,00 Euro. Zu beziehen sind die „arbeitsergebnisse“ über den ABL Bauernblatt-Verlag.



Die Billig-Lüge

Jedes dritte Glas Gurken wird bei Aldi gekauft, jede vierte Dose Kondensmilch, jede fünfte Packung Waschmittel. Im Lebensmittelhandel haben alle Discounter zusammen einen Marktanteil von 40 Prozent. Aldi, Lidl, Penny, Schlecker, Metro, WalMart, Media-Markt und Co. beschwichtigen das behagliche Gefühl, dass es so wenig kosten kann. Wer bezahlt dafür – am Ende wir selbst? Der Journalist Franz Kotteder enthüllt die Geschäftsmethoden und Preistricksereien der Discounter und belegt:

Es ist eine Täuschung, dass wir für immer weniger Geld nur das Allerbeste bekommen. Er weist auf lebensgefährliche Rauchmelder und Kinderstühle hin, auf falsch deklarierte Bio-Eier, gepanschten Prosecco oder Brot ohne Nährwert. Ein gutes Begleitbuch zur Lidl-Kampagne von attac, AbL und anderen und eine Anleitung zu eigenen Wegen aus der Geizfalle. *en*

Franz Kotteder: Die Billig-Lüge. Droemer-Verlag, München, 2005, 270 S., 18 Euro, Bezug über den ABL-Verlag.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe 2006 2005 2004 2003 2002 2001 2000
19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

kuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221



Bauern unter Sonnen-Strom

Seit das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Vergütungssätze für Strom aus Photovoltaikanlagen für die nächsten Jahre abgesichert hat, boomt die Installation von solchen Anlagen vor allem auf Dächern von landwirtschaftlichen Gebäuden. Zeitweise waren die Module ausverkauft. Das KTBL-Heft 57 will neben den allgemeinen technischen Grundlagen der Solarstromerzeugung eine Hilfestellung für die Planung und

Wirtschaftlichkeitsberechnung von netzgekoppelten Anlagen liefern. Aufgezeigt werden Beispiele für die Dachmontage wie auch für Freilandanlagen. *pm*

KTBL: Bauern unter Sonnen-Strom. KTBL-Heft 57, 2006, 28 S. (DIN A5), 5,00 Euro. Bezug über: KTBL, Bartningstr. 49, 64289 Darmstadt, Tel. 06151-7001-0, E-Mail: ktbl@ktbl.de

Existenzgründungen in der Landwirtschaft

Das Bundesministerium hat die Beiträge der gleichnamigen Fachtagung vom 14. September 2005 in Kassel (siehe Bauernstimme 10/2005) in einem Tagungsband veröffentlicht. Die Gliederung: Stand der Forschung (aus dem Forschungsprojekt der Uni Kassel), Gründungsbeispiele und ihre Bewertung durch ihre Berater, Förderungen von Existenzgründungen im Mittelstand, Handlungsbedarf und konkrete Ansätze, Arbeitsgruppen und Anhang. *uj*

BMELV (Hrsg.): Existenzgründungen in der Landwirtschaft, Tagungsband. 2006. 143 S. (DIN A4), kostenlos. Bezug beim BMELV, Öffentlichkeitsreferat, Wilhelmstr. 54, 10117 Berlin, Tel.: 030-2006-0

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS Juni 2006 ist am 15. Mai.

Hof und Arbeit

● Verk. ehem. BH in M-V. Grdst. ca. 5.000 m², kl. san. bed. Whs u. angr. 1,4 ha Wiese. Kauf/P. v. 28 ha LF (45 BP) mgl. Prämien ges. Z. Zt. öko. Bew. Gute Infrastr. 8 km s/w Schwerin, keine Splitterfl. u. 1 ha Wald. Angeb. ☎ 03874-28359

Tiermarkt

● Verkaufte laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Querfeldein

● Bodenständiger Bauer (Bio), naturverbunden, ökologisch denkend, unkonventionell, N.R., gesundheitsbewusst, anf. 50/75 kg u. mit Trecker u. Kind, wünscht sich liebe Partnerin (verwurzelte Bäuerin) mit Haus u. Hof. Kinder wäre auch toll. CHIFFRE: BS 5/06-1

Percy Schmeiser in Deutschland

Percy Schmeiser, Kanadas bekanntester Bauer im Kampf gegen die Gentechnik, kommt als Vertreter der kanadischen Farmer nach Genf, um vor dem UN-Ausschuss für Menschenrechte von der Situation in Kanada zu berichten. Die kanadische Organisation OAPF „Für das Recht, gentechnikfrei anzubauen - Für das Recht, gentechnikfrei zu essen“ hat einen Parallelbericht zum Thema Menschenrechtsverletzungen durch Einführung der Gentechnik beim UN-Ausschuss in Genf vorgelegt.

Der Bericht zeigt anschaulich, dass Menschenrechte wie das Recht auf Selbstbestimmung durch die langjährige Nutzung von Genpflanzen in der Landwirtschaft in Kanda massivst verletzt werden.

Percy Schmeiser reist anschließend durch Deutschland, um Landwirten und Verbrauchern hier von den Praxiserfahrungen in Kanada zu berichten und vor den Folgen der Gentechnik in der Landwirtschaft zu warnen.

Dienstag, 2. Mai, 72539 Pfronstetten, Kreis Reutlingen
20 Uhr im Gasthof Rose, Kontakt: Gebhard Aierstock, Tel.: 07373 - 1239 oder 0160 - 907 42 638

Donnerstag, 4. Mai, nahe Passau / Niederbayern
19.30 Uhr in der Stadthalle Pfarrkirchen, Kontakt: Sepp Rettenbeck, Tel.: 08725 - 910 464

Freitag, 5. Mai, Landkreis Ebersberg / Raum München
20 Uhr in der Stadthalle in Grafing, Kontakt: Franz Lenz, Tel.: 08106 - 20 680

Samstag, 6. Mai, 82346 Andechs / Landkreis Starnberg
10 Uhr im Klostersgasthof Andechs im Andechser Kloster, Kontakt: Wastl Singer, Tel.: 08152 - 3189

Sonntag, 7. Mai, Marköbel/zwischen Frankfurt u. Fulda
17 Uhr, nahe Baiersröder Hof / Hamersbach, nähere Infos bei Prof. Gröneveld, Tel.: 05504 - 93 71 60

Montag, 8. Mai, Kassel Kontakt: Prof. Gröneveld
19 Uhr in der Aula Ing-schule, Wilhelmshöher Allee 73

Dienstag, 9. Mai, Witzenhausen bei Kassel
9 bis 11 Uhr in der Universität, Kontakt: Prof. Gröneveld

Dienstag, 9. Mai, Berlin, Kontakt: Conny Schmidt
19 Uhr, Umweltforum, Mälzer Straße, Tel.: 038791 - 25 18 oder 0174 - 38 41 061

**für weitere Rückfragen: Christiane Lüst,
Stop GMO e.V., Tel.: 089 - 893 11 054**

Veranstaltungen**Frauen im ländlichen Raum**

8. Mai und 9. Mai 2006, Trier
Ziel der grenzüberschreitenden Tagung in der Region Saar-Lor-Lox ist es, die Chancen und Herausforderungen der Frauen im ländlichen Raum aufzuzeigen und zu einer Vernetzung der Akteure der ländlichen Entwicklung beizutragen.

Anmeldung für die Tagung „Leben und Arbeiten im ländlichen Raum - Frauen und Familien schaffen Zukunft“ an: Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Elke Kadisch-Neugebauer, 55543 Bad Kreuznach, ☎ 06 71-7931-65, Fax: -99, elke.kadisch-neugebauer@lwk-rlp.de, www.saarland.de/prd/prd_drucken.htm?mid=8996

**Fortbildung
Regionalberatung
2006/2007**

Der Fortbildungskurs Regionalberatung/Regionalmanagement wird bereits zum 13. Mal angeboten. Die Seminare können auch einzeln belegt werden:

Regionale Entwicklungskonzepte vom 8. bis 12. Mai 2006 in Fürsteneck (Hünfeld/Fulda)

Moderation von Gruppen in der Regionalentwicklung vom 23. bis 25. Juni 2006 in Würzburg.

Akademie der Katholischen Landjugend e. V., Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad

Honnef, ☎ 0 22 24-94 65 -40 oder -41, Fax: -44, E-Mail: akademie@kljb.org, www.akademie.kljb.org

Lebensmittelqualität und Wettbewerb

09. bis 12. Mai 2006, Cottbus
Mit welchen Maßnahmen und Mechanismen fördert die EU-Kommission die Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel für den EU-Markt? Führen gleiche Anforderungen zu gerechten Wettbewerbsbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe in der EU? Welche Standards gelten national, europaweit und international entlang der Wertschöpfungskette? Exkursionen im Umland von Cottbus, der Wojewodschaft Lubuskie (Polen) und der Region Decin (Tschechien) bieten Einblicke in die Praxis. Agrarsoziale Gesellschaft (ASG), Karin Schäfer, ☎ 0551-49709 -21, Fax: -16, www.asg-goe.de

„Verliebt Trecker fahren“

12. Mai 2006, Sontheim
Lesung mit Matthias Stührwoldt
20 Uhr in der Dampfsäg in 87776 Sontheim, ☎ 08336-226



**Mecklenburg-Vorpommern/
Brandenburg**

Einladung zur öffentlichen Mitgliederversammlung

Sonntag, den 07. Mai 2006 um 10.30 Uhr
in Güstrow, Bürgerhaus, Sonnenplatz 1

**Auseinandersetzung mit der BVVG-
Flächenvergabepaxis u.
aktuelle Situation bei Gentechnik u. Nachbau**

mit: Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer;
Franz-Joachim Bienstein, AbL-Landesvorsitzender;
Jörg Gerke, AbL-Bundesvorstand

Kontakt: Franz-Joachim Bienstein, Tel/Fax: 03841-79 12 73



Bewerbungen bitte bis 20. Mai an:

AbL Landesverband NRW
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Tel.: 02381-9053170,
jasper@abl-ev.de

Für die Koordination einer Informations- und Vernetzungsplattform für gentechnikfreie Landwirtschaft in NRW ist ab Juni 2005 eine Vollzeit-Stelle als

Projektleiter/in

in Hamm/Westfalen zu besetzen.

Wir wünschen uns einen Menschen mit Gespür für die Anliegen von Bauern und Bäuerinnen und mit Spaß am Organisieren, Vernetzen und an aktiver Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Selbständiges Arbeiten, Teamfähigkeit, Koordinationserfahrung und ein guter Informationsstand zum Thema landwirtschaftliche Gentechnik sind erforderlich.

Die Vergütung erfolgt nach Haustarif in Anlehnung an BAT 4.

20 Jahre

Vertragsnaturschutz in NRW
18. bis 20. Mai 2006,
Recklinghausen

Die Beteiligten blicken gemeinsam zurück und werten die gesammelten Erfahrungen aus. Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA), ☎ 02361-305 -0, Fax: -340, www.nua.nrw.de

Gemeinsam für Nachhaltigkeit

18. und 19. Mai 2006, Osnabrück
Die bundesweite Netzwerkkonferenz „Kirchen und Kommunen – gemeinsam für Nachhaltigkeit“ zeigt Strategien zum Aufbau von Nachhaltigkeitsmanagementsystemen. Neben den Modellprojekten sind alle Interessierten aus Kirchen, Kommunen, Sozialverbänden, Umwelt- und Entwicklungsinitiativen sowie Agendaarbeit eingeladen. Ev. Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn, ☎ 02371/352 -177, Fax: -130, www.kircheundgesellschaft.de

3. Norddt. Biogastagung

19. bis 21. Mai 2006, Hildesheim
Die Tagung mit Fachaussstellung und Lehrfahrt widmet sich den drei Themen: Anfahren und prozessbiologischer Betrieb bei Biogasanlagen mit Einsatz nachwachsender Rohstoffe, optimierte Gas- und Wärmenutzung sowie Substrate: anbauen, lagern, vergären. Internationales Biogas/Bioenergie Kompetenzzentrum IBBK, Michael Köttner, Heimstr. 1, 74592 Kirchberg/Jagst, ☎ 07954-9262 -03, Fax: -04, www.biogas-zentrum.de

**De ole Buur un sin Öko Deern
Spielplan bis Sommer 2006**

Ein kritisches Theaterstück über das Elend der Preise, die Macht und Ohnmacht der Verbraucher und zugleich eine Liebeserklärung ans Land. Es geht versöhnlich mit den Bauern um, die dem Stress der industriellen Produktion unterworfen sind, und wirbt für eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft (siehe auch BS 2/06, S. 19).

03. Mai in Bramsche

um 20.00 Uhr im Universum Bramsche, Große Straße 38, 49565 Bramsche, ☎ 05461-61161, Fax: -63318, filmtheater@universum-ev.de, www.universum-ev.de

17. Mai in Lüneburg

um 19.30 Uhr in der Wilhelm-Raabe-Schule, Feldstr. 30, 21335 Lüneburg, ☎ 04131-402908, MarionRolle@boellhaus-lueneburg.de

23. Mai in Nordsehl

um 19.00 Uhr auf dem Hof Menschingbühr, Landstr. 92, 31717 Nordsehl, ☎ 05721-75565, hannamenschingbuehr@web.de

03. Juni in Clenze

um 19.30 Uhr auf der Kulturellen Landpartie Wendland, Kulturverein Corvin, Gut Corvin, 29459 Clenze, ☎ 05844-202, Fax: 05844-1813, cmalchartzeck@t-online.de, www.gut-corvin.de

25. Juni in Anikum

um 19.00 Uhr auf dem Bioland-Hof Brummer-Bange, Loxtener Str. 5, 49577 Anikum, ☎ 05462-238, Fax: -72930, brummer-bange@t-online.de

Weitere Gastspiele auf Anfrage:
Theater Henze & Co., Arbste 7, 27330 Asendorf, ☎ 04253-92011, Fax: -92016, info@theater-henze.de, www.theater-henze.de



**Jubiläumsveranstaltung
30 Jahre Bauernstimme**

„Bewegung ... auf die es ankommt“
30. Juni und 1. Juli 2006 in Jameln/ Wendland (Niedersachsen)

Freitag, den 30. Juni, ab 11 Uhr:
Agrarpolitische Auftaktkundgebung mit interessanten Referenten.
Festvortrag: **Welche Agrarpolitik braucht Europa?**
Dr. Franz Fischler, Österreich

Nachmittags: Exkursionen
- zur 1. Biogastankstelle Deutschlands, - zu einem NEULAND-Schweinebetrieb,
- zu einem Milchviehbetrieb in der Region.

Ein **gemütlicher Festabend** mit Überraschungen, Kabarett, Musik und Tanz
und Treffen alter und neuer Weggefährten.

Samstag, den 1. Juli 06
Ab 10.30 Uhr Busexkursion zum Atom-Zwischenlager Gorleben, dort Gespräche mit
Mitgliedern der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg.
Anschließend Schiffstour auf der Elbe mit fachkundlichen Anmerkungen über den
Fluß und die Elbelandschaft

Das ausführliche Programm erscheint ab 15. Mai 2006.
Teilnahmebeitrag: 30 Euro. Übernachtungen werden vermittelt.

Organisation und Vorabmeldungen:
Georg Janßen, AbL-Geschäftsführung, AbL-Büro Lüneburg: Fax: 04131-407758



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 048 23/85 05, Fax: 048 23/75 330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 046 35/21 41, Fax: 046 35/21 14
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 043 26/6 79, Fax: 043 26/28 91 47
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 046 31/74 24, Fax: 046 31/38 52

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,
Tel.: 058 65/98 83 60, Fax: 058 65/98 93 61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 042 33/6 69, Fax: 042 33/21 77 74
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 047 23/32 01, Fax: 047 23/21 18
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 058 65/12 47
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 055 08/99 99 89, Fax: 055 08/99 92 45

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038 453/20 400; Franz Joachim Bienstein,
Tel.: 038 41/79 127; Helmut Peters, Tel.: 038 454/20 15
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039 604/2 68 59
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 038 79/1 25 18; Erich Degreif,
Tel.: 03 32 04/3 56 48; Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 023 81/90 53 170, Fax: 023 81/49 22 21
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 052 41/5 70 69
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 054 04/52 64
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 052 21/6 25 75
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 022 48/47 61

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 064 41/7 55 02, Fax: 064 41/97 59 95
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 056 65/14 03, Onno Poppinga,
Tel.: 056 73/35 40

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 065 61/6 04 93 00
Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 065 22/5 49, Fax: 065 22/93 36 36,
E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 073 52/89 28,
Fax: 073 52/94 14 22
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 074 43/39 90;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 079 71/85 84
Bodensee: Anneliese Schmeih, Tel.: 075 53/75 29, Fax: 075 53/82 82 78
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 075 28/78 40, Fax: 075 28/92 75 90

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz,
Tel.: 086 79/64 74, Fax: 086 79/9 13 01 45, E-Mail: Abl-Bayern@web.de;
www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer,
Tel.: 088 47/8 04,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Hans Urbauer,
Tel.: 086 28/6 34, Ute Gasteiger, Tel.: 080 39/16 35
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 087 42/80 39
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 091 94/84 80

Sachsen / Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,
Tel.: 03 73 23/5 01 29, Fax: 03 73 23/1 58 64



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 171, Fax: 023 81/49 22 21,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/40 77 57, Fax: 041 31/40 77 58

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 058 64/2 33; Anneliese Schmeih, Tel.: 075 53/75 29

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 038 41/79 12 73; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 03 37 04/6 61 61, Fax: 03 37 04/6 61 62

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 023 81/90 53 173, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden
Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn
nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einver-
standen, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die
neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

Meine Lieblingskuh

Jeder Bauer hat eine Lieblingskuh. Jedenfalls dann, wenn er wirklich Bauer ist und nicht nur staatlich geprüfter Agrarbetriebswirt. Viele Bauern scheinen ja wirklich hartgesotten zu sein, aber ihre Herzen haben einen weichen Kern. Spätestens, wenn der Hofhund krank ist, kommen ihnen die Tränen, und sie werden sentimental. Um das nicht zeigen zu müssen, besaufen sich manche.

Schon auf meinem Lehrbetrieb gab es eine alte Kuh, die dort ihr Gnadensilo bekam. Sie hieß Waltraud, und sie war, als Frank Elstner einmal „Wetten Dass“ in der Kieler Ostseehalle moderierte, dort zum Star der Saalwette geworden, gemeinsam mit ihrem Bauern, meinem Lehrherrn, der daraufhin eine Zeitlang eine nie gekannte regionale Popularität genoss, zumal am nächsten Tag Pam von „Dallas“ auf dem Hof den Kälberstall ausmisten musste, weil sie ihre Wette verloren hatte. Solch einen Medienrummel hatte noch kein Hof der Welt erlebt. Als ich dann dort in die Lehre ging, war der Rummel vorbei und wir mussten wieder selber ausmisten. Waltraud war bereits alt und grau und boxlägerig. Jeden Tag zweimal bekam sie von mir Essen auf Rädern, mit der Schubkarre direkt vors Maul, bis sie eines Tages eines natürlichen Todes starb. Die Bauersfrau und die Kinder weinten; der Lehrherr besoff sich wegen dieses Kammers. So ist das Leben auf dem Lande. Meine Lieblingskuh heißt Schwarzer. Ich habe sie schon von meinen Eltern übernommen. Sie ist bereits über zwölf Jahre alt, eine wilde Mischung mindestens dreier Rassen: Schwarzbunt, Jersey, Angeliter. Sie ist klein, filigran, zäh. Und zutraulich. Im Stall kommt sie immer an und schnuppert und leckt an mir. Ich scheine nicht zu schmecken; jedenfalls frisst sie mich nicht auf.

Ich weiß eigentlich nicht, warum Schwarzer niemals selektiert wurde. An der Milchleistung kann es nicht liegen. Alles spricht von der 10.000-Liter-Kuh, die der Milchbauer der Zukunft im Stall haben muss. Schwarzer ist auch eine 10.000-Liter-Kuh, allerdings braucht sie dazu zwei Laktationen. Wenn sie 10.000 Liter Lebensleistung erreichen soll, muss ich sie zwanzig

Jahre lang melken. Ich bin dabei, zumal ich neu-lich gerade erst gelesen habe, wie gut es ist, wenn die Hochleistungskuh eine flache Laktationskurve hat. Und in Sachen flacher Laktationskurve macht Schwarzer nichts und niemand etwas vor. Da ist sie einsame Spitze! Und hätte ich nur Kühe so wie Schwarzer – niemals hätte ich ein Problem mit der Überlieferung meiner Milchquote! Wenn die Quote bleibt, ist Schwarzer die Kuh der Zukunft!

Vor einem Jahr etwa dachte ich trotzdem, ich müsse mich von Schwarzer trennen. Bis dahin war sie immer sofort und unproblematisch wieder tragend geworden. Im letzten Jahr aber hatte sie andauernd Sex



mit unserem Zuchtbullen, der in der Kuhherde läuft. Mehr zum Spaß ließ ich sie auf Trächtigkeit untersuchen, als der Tierarzt gerade da war. Und siehe da: Sie war hochschwanger. Hoppla, dachte ich: Schwarzer ist die erste Kuh, die Freude am Sex hat; denn warum sollte sie es sonst tun?

In diesem Jahr das gleiche Spiel. Schwarzer war sexuell über alle Maßen aktiv, und ich dachte nur: Sie wird schon tragend sein. Als der Doc zur Trächtigkeitsuntersuchung da war, schob er den Arm bis zum Anschlag rein, aber ein Kalb konnte er nicht finden. Er schüttelte nur den Kopf.

Das Milchjahr neigte sich dem Ende zu. Ich musste Kühe verkaufen, um nicht zu überliefern. Ernsthaft dachte ich daran, Schwarzer zu schlachten; denn ich molk sie schon seit 18 Monaten; ihre tägliche Milchleistung war auf etwa 2,8 Liter gesunken. Das ist nicht besonders viel. Aber genau das rettete sie. Hätte ich sie schlachten lassen, so wäre meine tägliche Milchlieferung kaum gesunken. Das jedoch war mein Ziel. Also verkaufte ich den ganzen Hochleistungsdrück und behielt Schwarzer, die es mir dankte, indem sie schließlich doch noch schwanger wurde. Trotzdem hört sie nicht auf, regelmäßig mit dem Bullen zu schlafen. Gerade in ihrem Zustand scheint es ihr so richtig zu gefallen. Ich hab keine

Ahnung, was der Papst und der Vatikan davon halten; ich finde, es ist ihr gutes Recht.

Noch wird Schwarzer gemolken. Seit drei Monaten ist sie tragend. Ihre Milchleistung stagniert bei 2,2 Litern. Bald werde ich sie trocken stellen und sie mit wilden Jungtieren auf die Moorwiesen jagen. Vielleicht sorgt sie dann dafür, dass die Halbstarken zutraulich werden. Das wäre viel wert. Aber wahrscheinlich wird ihr das gar nicht recht sein. Schließlich ist dann kein Bulle in der Nähe.

Was auch geschieht: Zum Schlachter wird Schwarzer nicht gehen. Auch, weil die Liebste meint, ich könne nicht in Gedichten und Geschichten das Hohelied auf Schwarzer singen und sie dann des schönsten Mammons wegen verkaufen. Am Ende, so meint die Liebste, würde ich auch sie noch verscherbeln, wenn sie nicht mehr tragend wird oder warum auch immer. Und wie so oft: Die Liebste hat recht.

Im übrigen gehört inzwischen auch eine Tochter Schwarzers zur Herde. Sie heißt Donner, ist genauso hübsch wie ihre Mutter und gibt genauso wenig Milch. Ich sage euch: Eine wundervolle Kuh! Und eine Laktationskurve von wirklich vorzüglicher Flachheit. Das begeistert mich total. Ich werde glatt zum Züchter aus Leidenschaft! Wir sehen uns auf der „Euro Tier“, wenn die Kuh mit der niedrigsten Leistung und der flachsten Kurve prämiert wird! Der Sieg ist uns sicher, Schwarzer, Donner und mir!

Matthias Stührwaldt

5/2006

unabhängige Bauernstimme: für den genauen Blick

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221**